

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 11 · 44. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 19.12.2013

## Vorsorge?

S. 4-11

Mit dem Haushalt 2014 will die Regierung vorsorgen, gestalten und gleichzeitig sparen. Am Gelingen zweifeln die Oppositionsfraktionen. Nach kontroversen Debatten ist der Haushalt verabschiedet.

## Vorgaben

S. 12-13

Wie viel Kontrolle sollen finanzschwache Gemeinden erdulden? Wie viel finanzielle Solidarität müssen stärkere Städte zeigen? Zwei aktuelle Fragen mit viel Diskussionspotenzial.

## Vorbereitung

S. 18

Wenn Schulen aufs Leben vorbereiten sollen, gehört dazu mehr als Mathe, Deutsch, Bio & Co. Ein Schulfach Verbraucherbildung ist im Gespräch, ebenso ein Schulfach Wirtschaft.

## Vorsicht

S. 22

Warmer Bauch und warme Herzen: Tee und Spielzeug sind vielerorts an Weihnachten nicht wegzudenken. Doch dabei ist manchmal Vorsicht angeraten. Informationen gab es im Umweltausschuss.

## Höhen und Tiefen Der Haushalt 2014



# Eine Frage der Abwägung

Sparen und gestalten, konsolidieren und gleichzeitig Schwerpunkte setzen: Wenn es „ans Eingemachte“ geht, zeigt sich die ganze Schwierigkeit und Bandbreite der Haushaltsberatungen. Zwei Tage lang diskutierte das Landesparlament den Haushalt 2014 mit all seinen Einzelplänen. Dabei zog sich natürlich das Verbot neuer Schulden ab dem Jahr 2020, die sogenannte Schuldenbremse, wie ein roter Faden durch alle Einzeldebatten. Ebenso umstritten die Frage, was für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst – von Polizei über Feuerwehr bis zur Verwaltung – notwendig ist.

Und schließlich der ganze Komplex der Kommunalfinanzen: Wie kommen klamme Kommunen aus dem Schuldensumpf heraus? Wer soll die notwendigen Hilfgelder zahlen? Kann man andere Kommunen dazu mit heranziehen? Diese seien nur im Vergleich reich, strauchelten eigentlich aber doch auch selbst, lautete der Vorwurf sowohl in der Haushaltsdebatte als auch in der Diskussion über die entsprechende Änderung des Stärkungspaktgesetzes. Die Regierungsmehrheit befand den Vorschlag als angemessen und als ein Gebot der Solidarität.

Regierungsfraktionen einerseits, Oppositionsfraktionen andererseits tauschten ihre Standpunkte aus. Nicht immer waren dabei alte Lagerbildungen stabil. Die vielen Debatten sorgten dafür, dass im Marathon der zweiten Haushaltslesung Für und Wider öffentlich und deutlich bewertet und abgewogen wurden. In der dritten Lesung folgte

dann die Generaldebatte über den Haushalt wie auch die gesamte Regierungspolitik.

## MEHR TRANSPARENZ

Solche politischen Auseinandersetzungen sollen in Zukunft noch viel offener und transparenter geschehen, meinen die PIRATEN. In einer Anhörung externer Fachleute wurde allerdings deutlich: Auch bei diesem Ziel ist eine Menge zu beachten. Nicht zuletzt der Datenschutz. Wie hoch dieser zu bewerten ist, wurde auch durch den Bericht des Landesdatenschutzbeauftragten im Innenausschuss ersichtlich.

Das genaue Abwägen und Hinterfragen zeigte sich auch sehr konkret beim Verbraucherschutz. Hier soll schon die Schule ansetzen und Verbraucherbildung leisten, so der Tenor einer Anhörung. Außerdem schauen die Abgeordneten der Exekutive zum Beispiel auch bei der Lebensmittel- und Spielzeugkontrolle auf die Finger.

Alles das finden Sie in diesem Heft. Und natürlich den Rückblick aufs politische Geschehen in Ihrem Landesparlament in diesem Jahr. Die Fragen und Themen werden bleiben: Finanzielle Entwicklung, demografischer Wandel, Klimawandel, inklusive Gesellschaft. Der Landtag bleibt dran. Auch im nächsten Jahr.

CW



### Schwerpunkt: Haushalt 2014

Sparen und bewahren, verwalten und gestalten ..... 4-9

Kapitel beendet ..... 10-11

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum

Wissenschaft: Uni-Gelder vom US-Militär ..... 3

Kommunales I: Umfassende Kommunalaufsicht  
kontra Selbstverwaltung ..... 12

Kommunales II: Fair oder gefährlich? ..... 13

### Aus den Ausschüssen

Meldungen ..... 15

Verbraucherschutz I: Shoppen lernen ..... 18

Demokratie: Steiniger Weg zu mehr Transparenz .... 19

Verbraucherschutz II: Zweimal hinschauen ..... 22

Gesetzgebung ..... 14

Rückblick: Langfristige Wirkung ..... 16-17

Aus den Fraktionen ..... 20-21

Portrait: Monika Pieper ..... 23

Impressum ..... 23

Termine ..... 24

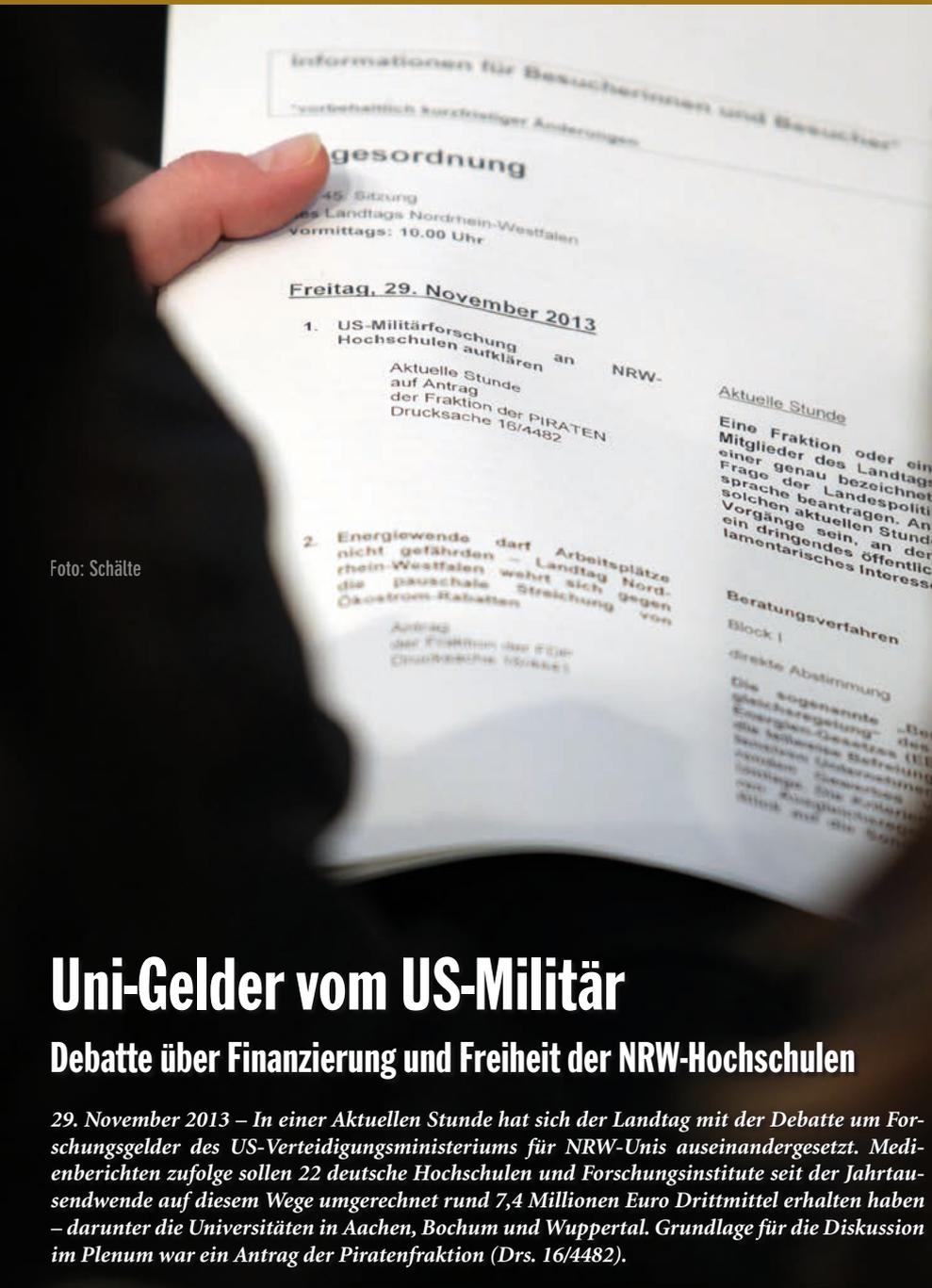


Foto: Schälte

# Uni-Gelder vom US-Militär

## Debatte über Finanzierung und Freiheit der NRW-Hochschulen

29. November 2013 – In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit der Debatte um Forschungsgelder des US-Verteidigungsministeriums für NRW-Unis auseinandergesetzt. Medienberichten zufolge sollen 22 deutsche Hochschulen und Forschungsinstitute seit der Jahrtausendwende auf diesem Wege umgerechnet rund 7,4 Millionen Euro Drittmittel erhalten haben – darunter die Universitäten in Aachen, Bochum und Wuppertal. Grundlage für die Diskussion im Plenum war ein Antrag der Piratenfraktion (Drs. 16/4482).

„Klar sind wir Freunde von internationalen Forschungsk Kooperationen“, stellte Dr. Joachim Paul (PIRATEN) klar. Doch es könne nicht sein, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die ja die Hochschulen grundlegend mitfinanzierten, nicht erführen, was geforscht werde. Forschung im Verborgenen schüre Misstrauen. Zudem kritisierte Paul, dass weder der Wissenschaftsausschuss des Parlaments noch das zuständige Ministerium Kenntnis über die Herkunft von Drittmitteln hätten. Insgesamt wandte er sich gegen eine „Militarisierung unserer Bildungseinrichtungen“ und forderte, die Hochschulen finanziell so auszustatten, dass sie dem „Lockruf“ der Rüstungsindustrie widerstehen könnten.

Die Hochschulen seien mitnichten die „Kaderschmieden der Rüstungsindustrie“, entgegnete Karl Schultheis (SPD). Dazu sei der Umfang der diskutierten Mittel viel zu gering. Im Kern dre-

he sich die Debatte doch darum, inwiefern militärische Forschung oder solche, die Militärzwecken dienen könnte, zulässig und verantwortbar sei. Die Frage nach einer militärischen oder zivilen Nutzung – Stichwort „Dual-Use“ – sei nicht immer eindeutig zu beantworten, und daher ein Schwarz-Weiß-Schema wenig hilfreich, erklärte Schultheis. Es gehe also darum, dass die Hochschulen verantwortlich und transparent damit umgingen. Dies greife auch der Referentenentwurf zum Hochschulzukunftsgesetz auf.

Die Grundfinanzierung an den NRW-Hochschulen sei nicht ausreichend, kritisierte für die CDU Dr. Stefan Berger. Gleichzeitig unterstrich er, dass Drittmittelforschung verbunden mit militärischer Nutzung immer auch eine Ethikdebatte mit sich bringe. Es sei schwer zu sagen, wann eine rote Linie überschritten werde – letztlich sei auch das Internet einem Projekt des US-Militärs entsprungen. Zudem warnte Berger

davor, die Debatte zu nutzen, um wissenschaftliche Freiheit einzuschränken. Solange Hochschulen sich an die Gesetze hielten, sollten sie frei in ihren Drittmittel-Entscheidungen sein, so Berger. Den Entwurf zum Hochschulzukunftsgesetz bezeichnete er als „bedenklichen Weg“.

Nach dem Grundgesetz stehe es Wissenschaftlern zu, ihre Forschungsthemen frei zu wählen, stimmte Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) zu. Das bezweifle auch niemand. Allerdings beschreibe die Verfassung auch eine friedlich ausgerichtete Gesellschaft. Daraus leite Rot-Grün eine allgemeine Zivilklausel ab, wie sie im jüngst vorgelegten Referentenentwurf stehe. „Flankiert werden soll diese Selbstverpflichtung mit einer strikten Transparenzpflicht auch für Drittmittelströme“, erläuterte Seidl. Richtig sei aber auch, dass es für den Graubereich „Dual-Use“ keine Patentlösung gebe. Zudem betonte sie, dass die Unis finanziell keineswegs auf die diskutierten US-Drittmittel angewiesen seien.

Die Wissenschaftsfreiheit sei Eckpfeiler einer freiheitlichen Gesellschaft, unterstrich Angela Freimuth (FDP). Begrenzt werden dürfe sie nur durch verfassungsimmanente Schranken, welche im PIRATEN-Antrag jedoch nicht vorkämen. Forschung im Rahmen des deutschen Verteidigungsauftrags sei vom Grundgesetz gedeckt, meinte Freimuth. Dies gelte ihrer Auffassung nach ebenso bei der Forschung für Nato-Bündnispartner. Dass Studienergebnisse auch für Militärzwecke angewandt werden könnten, dürfe jedenfalls nicht ein Verbot der Forschung bedeuten, so die Abgeordnete: „Diesen Zwiespalt müssen wir aushalten.“ Der Staat dürfe nicht diktieren, was gute und schlechte Forschung sei.

„Wir alle sind genauso schlau, wie die Leser der Süddeutschen Zeitung“, so Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) zum US-Mittelfluss an Unis. Die Hochschulen seien derzeit nicht verpflichtet, solche Zuflüsse offenzulegen. „Wir brauchen mehr Transparenz“, forderte Schulze. Sie wolle, dass Hochschulen künftig über Drittmittel informierten, darauf habe die Öffentlichkeit beim Einsatz öffentlicher Gelder ein Recht. Erst auf dieser Basis könne dann eine offene Debatte über ethische Grenzfragen stattfinden. Unstrittig sei aber, dass die Hochschulen trotz des für das kommende Jahr auf 7,9 Milliarden Euro steigenden Landesetats weiter auf Drittmittel angewiesen seien.

bra



# Sparen und bewahren, verwalten und gestalten

## Der Etat 2014 im Detail: Alle Haushaltspläne, alle Redner

27./28. November 2013 – Es ging um die Einzelpläne des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2014, und es war doch eine Grundsatzdiskussion. In 26 Debatten erörterten die Fachpolitikerinnen und -politiker der rot-grünen Regierungsfractionen auf der einen Seite und CDU, FDP sowie PIRATEN auf der anderen Seite, welche Schwerpunkte man setzen sollte, vor allem aber: ob und wo man sparen könnte. Die Frage der Haushaltskonsolidierung zog sich angesichts der ab 2020 geltenden Schuldenbremse wie ein roter Faden durch alle Diskussionsbeiträge. In vielen Debatten äußerten Abgeordnete von SPD und GRÜNEN Kritik am Sparvorschlag der CDU-Fraktion, die Mittel bei allen Landesprogrammen um 20 Prozent zu kürzen. Hier die einzelnen Debatten in Kurzform.

### GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Mehr Geld für die Kommunen: Das gehe nur auf weitergegebene Mehreinnahmen zurück, nicht aber auf eigene Ansätze der Landesregierung, kritisierte **André Kuper** (CDU). Bundesweit Sorge das Plus bei den Steuereinnahmen auch für ein Plus in den Gemeindehaushalten. Nur in NRW könnten die Kommunen kaum investieren, litten unter zu geringen Schlüsselzuweisungen. Höchste kommunale Steuersätze seien die Folge.

„Das ist nicht Robin Hood, das ist Räuber Hotzenplotz, was Sie hier geben“, konterte **Hans-Willi Körfges** (SPD). Schließlich habe die vorvorletzte, schwarz-gelbe Landesregierung die Kommunen zur Konsolidierung des Landeshaushalts herangezogen. Was in Gutachten vorgeschlagene Änderungen zur GFG-Systematik angehe, wolle man einen Dialog mit den Betroffenen, anstatt etwas übers Knie zu brechen, so Körfges.

**Kai Abruszat** (FDP) warf dem Minister vor, dem Parlament Fehlinformationen zur finanziellen Lage der Kommunen vorgelegt zu haben. Das GFG habe zwar ein beachtliches Volumen. Das sei aber kein Verdienst der Landesregierung, sondern vieler Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, die für mehr Steuereinnahmen gesorgt hätten. Abruszat warb dafür, die GFG-Systematik an die tatsächlichen Bedarfe der Kommunen anzupassen.

Darin, dass viele NRW-Kommunen zu wenig Geld hätten, war **Mario Krüger** (GRÜNE) einer Meinung mit seinem Vordredner. Aber auch er wies darauf hin, dass die damalige schwarz-gelbe Landesregierung eine Konsolidierung des Landeshaushalts auf Kosten der Kommunen betrieben habe. Nicht weiterhelfen würde im Übrigen der Blick auf niedrige Hebesätze in Mecklenburg-Vorpommern: Es gehe um die Entwicklung in NRW.

Vor dem Hintergrund niedrigerer Hebesätze in benachbarten Bundesländern sah **Torsten Sommer** (PIRATEN) eine in NRW drohende Spirale der Hebesätze kritisch. Positiv hob der Abgeordnete

den gestiegenen Schüleransatz hervor. Vom GFG zeigte er sich dennoch enttäuscht: Weder sei das gestiegene Volumen auf das Engagement der Regierung zurückzuführen, noch werde es ausreichen, um die Situation zu entspannen.

**Minister Ralf Jäger** (SPD) sprach von einem guten und fairen Gesetz und zeigte sich enttäuscht von der Debatte. Er habe das Gefühl, die Opposition übe Kritik um jeden Preis, quasi als Selbstzweck. Was das den Kommunen nützen solle, verstehe er nicht. Immerhin bekämen die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen weiterhin das, was ihnen zustehe, verteidigte er den Gesetzentwurf.

### FINANZMINISTERIUM UND ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG

Die Landesregierung verweigere strukturelle Reformen, so **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU). Sie setze stattdessen auf 1,2 Mrd. Euro globale Minderausgaben und auf Mehrausgaben, von denen man nichts Genaueres wisse.

Die Streichliste der CDU sei eine „Horrorliste“, so **Uli Hahnen** (SPD). Sie betreffe Kindergärten- und Studiengebühren, Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen, die Umweltüberwachung und die innere Sicherheit.

In den letzten drei Jahren habe der Finanzminister Mehreinnahmen von 8,8 Mrd. Euro zu verzeichnen. Trotzdem fahre er mit Ausgaben auf Pump „fröhlich weiter in den Schuldensumpf“, kritisierte **Ralf Witzel** (FDP).

Rot-Grün werde auch im vorliegenden Haushalt Bildung, Kinderbetreuung und die Kommunen fördern, erläuterte **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE). CDU und FDP stellten gleichzeitig Wunschzettel und Sparforderungen auf.

Weder jetzt noch in Zukunft seien strukturelle Veränderungen im Haushalt beabsichtigt, vermutete **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Er kritisierte, dass Rückstellungen zum Beispiel für die Kosten der WestLB fehlten.

Das Effizienzteam der Landesregierung sei ein „fragwürdiger PR-Gag“, so **Robert Stein** (fraktionslos). Das Finanzministerium sei nicht in der Lage, die Auswirkung der Energiewende auf den Haushalt darzustellen.

Als „Weihnachtsgeschichte“ wertete **Minister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) die schwarz-gelben Sparvorschläge. Seit 2010 gehe dagegen unter Rot-Grün die tatsächliche Neuverschuldung immer schneller zurück.

### MINISTERPRÄSIDENTIN UND STAATSKANZLEI

Rot-Grün habe alle 67 Änderungsanträge der CDU mit einem Einsparvolumen von rund 900 Millionen Euro zurückgewiesen, erklärte **Werner Jostmeier** (CDU). Trotz sprudelnder Einnahmen steige die Neuverschuldung.





Die Haushaltsansätze im Bereich der Ministerpräsidentin seien sehr moderat, erläuterte **Markus Töns** (SPD). Dies leiste einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und füge sich somit in das Gesamtbild.

Die Ministerpräsidentin trage die Gesamtverantwortung für den desaströsen Haushalt, meinte **Angela Freimuth** (FDP). In ihrem Bereich seien die Ansätze im Vergleich zu den Ausgaben von 2011 und 2012 zu hoch angesetzt.

Die CDU habe Ausgabenwünsche in Höhe von über 2 Mrd. Euro, so **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE). Dies lasse ihn daran zweifeln, dass bei dieser Haushaltspolitik ernsthaft Haushaltskonsolidierung gewollt sei.

Beim Einzelplan der Ministerpräsidentin recycle die CDU ihre Anträge aus dem Vorjahr, bemängelte **Michele Marsching** (PIRATEN). An den kritisierten Tatkraft-Tagen könnten doch Vertreter aller Fraktionen teilnehmen.

Der Etatentwurf im Bereich der Ministerpräsidentin stehe für den Willen zu nachhaltiger Schwerpunktsetzung bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung im eigenen Haus, so **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD).

LANDESPLANUNG UND  
LANDESENTWICKLUNGSPLAN (LEP)

Die Verbindung von Klimaschutzgesetz und Raumplanung führe zur Deindustrialisierung Nordrhein-Westfalens, befürchtete **Dr. Günther Bergmann** (CDU). Wirtschaftliche Entwicklung sei zukünftig die Ausnahme.

Der LEP fasse die verschiedensten Aspekte zu einem einheitlichen Raumordnungsplan zusammen, meinte **Rainer Thiel** (SPD). Er werde den Anforderungen von demografischem Wandel, Globalisierung und Klimawandel gerecht.

Wirtschaftsentwicklung erfolge unter Vorbehalt des Naturschutzes. Das sei eine nicht stimmige Steuerungsfunktion, so **Holger Ellerbrock** (FDP). Außerdem kenne man die zukünftigen Klimaziele noch gar nicht.

Auf das breit angelegte Beteiligungsverfahren zum LEP verwies **Herbert Franz Goldmann** (GRÜNE). Es laufe noch bis Februar. Unter Berücksichtigung dieses Verfahrens seien die Haushaltsansätze gerechtfertigt.

Der LEP betreffe das ganze Leben, nicht nur das wirtschaftliche Dasein. Jeder könne sich beteiligen, warb **Oliver Bayer** (PIRATEN). Insbesondere plädierte er für Flächenrecycling und eine dezentrale Energieversorgung.

Der LEP sei eine überörtliche Planung, unterstrich **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD). Bis Ende Februar könnten Kommunen, Institutionen sowie die allgemeine Öffentlichkeit Anregungen einbringen.

EUROPA UND EINE WELT

Bei Europa sei man im Ziel einig, so **Ilka Freifrau von Boeselager** (CDU). Abzulehnen sei der statische Mittelansatz.

Man müsse unterscheiden, welche Aufgaben Bundes- und welche Landesangelegenheiten seien, betonte **Dirk Schlömer** (SPD).

Nicht alle der für „Europa“ geplanten Mittel seien ausgegeben worden. **Dr. Ingo Wolf** (FDP): „Da muss man ansetzen.“

CDU und FDP kritisierten, legten aber keinen Änderungsantrag zu diesem Bereich vor, meinte **Stefan Engstfeld** (GRÜNE).

Rot-Grün habe sich einer Neuausrichtung der Eine-Welt-Politik verschlossen, bedauerte **Nicolaus Kern** (PIRATEN).

Man wolle helfen, Europa und seine Möglichkeiten besser zu verstehen, erklärte **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD).

MEDIEN

Die Medienhaushaltspolitik kritisierte **Thorsten Schick** (CDU) als un kreativ: Das nicht bewährte Medienforum laufe weiter, dafür stocke die Mediengesetznovelle.

Wissenschaftliche Expertise, Standortmarketing und Kompetenzförderung: Diese Punkte im Medienbereich wolle Rot-Grün weiter stärken, so **Alexander Vogt** (SPD).

Die Medienpolitik sei unbefriedigend, meinte **Thomas Nüchel** (FDP). Er warf der Regierung vor, über bestimmte Ausgaben eine Portokasse zur Imagepflege aufzubauen.

Was mit dem Etat von knapp 21 Mio. Euro geleistet werde, trage dazu bei, dass NRW nach wie vor Medienland Nummer eins sei, betonte **Oliver Keymis** (GRÜNE).

**Daniel Schwerd** (PIRATEN) forderte insbesondere eine transparentere Verwendung der Landesmittel durch das Grimme-Institut und die Film- und Medienstiftung NRW.

„Wir wollen die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft annehmen“, so **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD). Dazu diene auch ein neues Fachreferat.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Von Konsolidierung keine Spur, und trotz erhöhten Budgets fehle Geld für zentrale Aufgaben, kritisierte **Petra Vogt** (CDU). Bei der Inklusion fehlten Prioritäten, im Schulwesen Anreize für Führungstätigkeiten.

Als Schwerpunkte nannte **Renate Hendricks** (SPD) die Umsetzung des Schulkonsenses und die Inklusion. Zudem würden Klassen etwas kleiner. Das „Praktiker-Prinzip“ der CDU – 20 Prozent auf alles – lehnte sie ab.

„Dieser Schulhaushalt wird den Herausforderungen der Gegenwart, aber insbesondere der Zukunft nicht gerecht“, sagte **Yvonne Gebauer** (FDP). Man müsse in Köpfe statt in Strukturen investieren und die Inklusion besser managen.

**Gudrun Zentis** (GRÜNE) betonte den Stellenwert der Schulpolitik. Ein Viertel des gesamten Landeshaushalts entfalle auf den Schuletat: für sie ein Zeichen für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.



Fotos: Schälte

Thorsten Schick (CDU)

Alexander Vogt (SPD)

Thomas Nüchel (FDP)

Oliver Keymis (GRÜNE)

Daniel Schwerd (PIRATEN)



HAUSHALT

Einen Mangel an Wertschätzung beklagte **Monika Pieper** (PIRATEN). Dies zeige sich in der Ausstattung von Schulen und dem Unterricht. Aus ihrer Sicht werde im falschen Ressort gespart. Mehr Lehrkräfte seien notwendig.

„Das ist ein Gestaltungshaushalt, weil wir mit ihm erhebliche zusätzliche Ressourcen zur Umsetzung des Schulkonsenses und für die Inklusion einsetzen“, erklärte dagegen **Ministerin Sylvia Löhrmann** (GRÜNE).

INNOVATION, WISSENSCHAFT  
& FORSCHUNG

Der Wissenschaftsetat sei zwar der bislang höchste in NRW, so **Dr. Stefan Berger** (CDU). Doch pro Kopf und Hochschule werde er wohl nicht ausreichen. Zudem sprach sich Berger für Studienbeiträge und gegen die geplante „schädliche“ Hochschulreform aus.

**Karl Schultheis** (SPD) lobte den Etat als „Rekordhaushalt“, Studiengebühren bezeichnete er als „Idee von gestern“. Zur Kritik an fehlendem Studentenwohnraum warf er der CDU vor, in ihrer Regierungszeit die Förderung hierfür reduziert zu haben.

Neben der geplanten „Rückabwicklung der Hochschulfreiheit“ kritisierte **Angela Freimuth** (FDP) die mangelhafte Kompensation entfallener Studienbeiträge. Zudem drehe Rot-Grün die Innovationsförderung zulasten kleiner und mittlerer Betriebe zurück.

Der Wissenschaftsetat liege 6,5 Prozent über dem des Vorjahres, so **Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE). Dies zeige die hohe Priorität des Ressorts. Der Großteil des zusätzlichen Geldes gehe an die Hochschulen – für Studium, Lehre, Sanierungen und Ausbauten.

Die Hochschulen seien strukturell unterfinanziert, meinte **Dr. Joachim Paul** (PIRATEN). Rund 800 Mio. Euro an Basismitteln fehlten. Zudem sei durch die Globalhaushalte der Hochschulen zunehmend intransparent, wofür sie die Gelder verwendeten.

Das Plus im Etat von 36 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 könne man nicht einfach herunterrechnen, betonte **Ministerin Svenja Schulze** (SPD). Im Übrigen wolle Rot-Grün mit dem neuen Hochschulzukunftsgesetz unter anderem mehr Transparenz erreichen.

ARBEIT

Die Regierung weigere sich, Arbeitsmarktstrukturen kostengünstiger zu organisieren, kritisierte **Matthias Kerkhoff** (CDU). Er warnte vor einer Ausbildungsplatzabgabe.

Man Sorge mit den eingeplanten Mitteln für gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungsangebote, betonte **Rainer Bischoff** (SPD). Notwendig sei ein bundesweiter Mindestlohn.

Langfristig biete nur der erste Arbeitsmarkt richtige Chancen; hierfür müsse die Politik vorarbeiten, so **Ulrich Alda** (FDP). Eine Schlüsselrolle sei die Fachkräftesicherung.

Ein besserer Übergang von der Schule in den Beruf war **Martina Maaßen** (GRÜNE) in der Arbeitspolitik wichtig. Besonders fördern müsse man Menschen am Rande des Arbeitsmarktes.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen anstelle der „automatisierten Lohndrückerpolitik“ forderte **Olaf Wegner** für die PIRATEN. Dies sei finanzierbar und berge Einsparpotenzial.

Geld ohne Arbeit fand **Minister Guntram Schneider** (SPD) undenkbar. Er wolle sich besonders für „faire Arbeit“ einsetzen. Denn immerhin gebe es prekäre Arbeitsverhältnisse.

INTEGRATION

**Serap Güler** (CDU) forderte mehr Transparenz in der Integrationspolitik. Zudem mangle es zum Beispiel beim islamischen Religionsunterricht an Geld.

27 Mio. Euro für Integrationsmaßnahmen machten **Bernhard von Grünberg** (SPD) stolz. Rot-Grün setze etwa auf Integrationslotsen und -zentren vor Ort.

Ein kleines Plus im Etat begrüßte **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Gleichzeitig schlug er vor zu sparen: Integrationsbeauftragter statt Staatssekretärin.

Man habe jetzt überall im Land Kommunale Integrationszentren, die in dieser zentralen Frage für Belebung sorgten, stellte **Jutta Vette** (GRÜNE) klar.

**Simone Brand** (PIRATEN) vermisste im Haushalt Maßnahmen für eine bessere Willkommenskultur hier, etwa zur Bekämpfung von Alltagsrassismus.

Zugewanderte sollten nicht Objekte, sondern Subjekte der Integrationspolitik sein, betonte **Minister Guntram Schneider** (SPD) den Ansatz der Landesregierung.

SOZIALES

Im Sozialbudget entdeckte **Walter Kern** (CDU) außer weitergeleiteter Mittel von Bund und Europa wenig Eigenes der Landesregierung.

In diesem Haushalt stehe der Mensch im Mittelpunkt. **Michael Scheffler** (SPD) lobte wie sein Vorredner Ehrenamt und freie Träger.

**Ulrich Alda** (FDP) vermisste Lösungsansätze zur Schulsozialarbeit und warb dafür, Menschen mit Behinderungen mehr zuzutragen.

Nicht verausgabte Mittel aus 2011 und 2012 könnten weiter genutzt werden, freute sich **Manuela Grochowiak-Schmieding** (GRÜNE).

„Sie wollen die Kommunen, Schulsozialarbeiter und Kinder im Regen stehen lassen“, kritisierte **Olaf Wegner** (PIRATEN) den Sozialetat.

Zur Schulsozialarbeit erklärte **Minister Guntram Schneider** (SPD), man wolle den Bund nicht aus seiner Verantwortung entlassen.



Fotos: Schälte

Jens Kamieth (CDU)

Sven Wolf (SPD)

Dirk Wedel (FDP)

Dagmar Hanses (GRÜNE)

Dietmar Schulz (PIRATEN)



JUSTIZ

Der Justizhaushalt sei ein Paradebeispiel für den mangelnden Sparwillen der Regierung, befand **Jens Kamieth** (CDU). Sie gehe plan- und konzeptlos vor.

Wer Sparen fordere, müsse auch sagen wo, betonte **Sven Wolf** (SPD). Das klare Signal des Haushalts sei: „Die Personalkapazität bleibt in der Justiz stabil.“

Für eine hochwertige Justiz bedürfe es mehr als der von Rot-Grün gesetzten Schwerpunkte, so **Dirk Wedel** (FDP). Eine effektive Strafverfolgung komme zu kurz.

**Dagmar Hanses** (GRÜNE) dagegen betonte, der Etat von 3,77 Mrd. Euro sichere eine effektive, bürgernahe Justiz und einen humanen, sicheren Strafvollzug.

Jedoch sehe der Haushalt zu wenig Stellen vor, kritisierte **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Vor allem unter Amtsanwältinnen und -anwälten sei die Belastung enorm.

103 Stellen würden geschaffen oder gesichert, so **Justizminister Thomas Kutschaty** (SPD). Zudem arbeite NRW weiter auf einen elektronischen Rechtsverkehr hin.

INNERES UND KOMMUNALES

Das Land setze durch PR-Gags wie Blitzmarathons bei der Sicherheit falsche Prioritäten, so **Theo Kruse** (CDU). Auch gegen Einbruchskriminalität sei mehr Personal nötig.

Die Regierung gebe mehr Geld aus für mehr Polizisten, erklärte **Thomas Stotko** (SPD). Mehr Geld benötige man aber auch für Menschen, die vor Krieg oder Armut flüchteten.

Auf „miese“ Einbruchs- und Aufklärungsquoten verwies **Dr. Robert Orth** (FDP). Notwendig sei mehr Polizei in der Fläche; die Demografie mache NRW ja nicht kleiner.

Die CDU habe beantragt, bei der Polizei 16 Mio. Euro einzusparen, kritisierte

**Verena Schäffer** (GRÜNE). Wichtig war ihr, dass für Flüchtlinge ausreichend gesorgt sei.

Bisherige Kürzungen bei Polizei und Feuerwehr würden jetzt nicht ausgebessert, meinte **Frank Herrmann** (PIRATEN). Bei diesen Diensten seien hohe Krankenstände festzustellen.

Mit dem Ansatz der Vorbeugung Sorge die Landesregierung für die notwendige Sicherheit, so **Minister Ralf Jäger** (SPD). Außerdem stelle sie seit 2011 deutlich mehr Polizeibeamtinnen und -beamte ein.

WIRTSCHAFT, INDUSTRIE, MITTELSTAND UND HANDWERK

Seit 1989 wachse NRW unterdurchschnittlich – außer in der Zeit von 2005 bis 2010. Für Industrieansiedlung, Innovation, Versorgungssicherheit müsse in NRW mehr getan werden, forderte **Hendrik Wüst** (CDU).

Es gebe mehr Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung, erwiderte **Thomas Eiskirch** (SPD). Aber man achte auch auf die sozialen Bedingungen. Die CDU habe ihrer Kritik keine Anträge folgen lassen.

Rot-Grün setze keine Wachstumsimpulse und bremse durch immer neue Steuern und Abgaben die wirtschaftliche Entwicklung, meinte **Ralph Bombis** (FDP). Sie sehe Unternehmen als Gegner, nicht als Partner.

Man unterstütze alle Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, vor allem Mittelstand und Handwerk, stellte **Dr. Birgit Beisheim** (GRÜNE) fest. Man nehme es aber nicht hin, wenn Tarifverträge missachtet würden.

Das Wirtschaftsministerium konzentriere sich auf die Durchleitung von Fördergeldern, kritisierte **Daniel Schwerd** (PIRATEN). Es fehle der Wille zu Gestaltung, zum Beispiel beim Ausbau der Breitbandversorgung.

Die Landesregierung konzentriere sich in der Wirtschaftspolitik auf die Förderung von Innovation, Investition, Integration in den Arbeitsmarkt und Internationalisierung, unterstrich **Minister Garrelt Duin** (SPD).

ENERGIE

Beim Thema Energie forderte **Thomas Kufen** (CDU) die Regierung auf, in ihrem Handeln endlich Klarheit, Wahrheit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit einzulösen.

NRW habe eine Blaupause, wie Energie bezahlbar, sicher und klimafreundlich gehalten werden könne, so **Guido van den Berg** (SPD). Dies sei eine große Chance.

Abseits sinkender Steinkohlesubventionen glänze der Etat durch rot-grünes Nichtstun, kritisierte **Dietmar Brockes** (FDP). Die Regierung blockiere sich selbst.

„Die Zukunft gehört dem heimischen Energieträger erneuerbare Energien“, unterstrich **Wibke Brems** (GRÜNE). Hier seien die entscheidenden Weichen zu stellen.

Der Etat drehe sich quasi nur um die Steinkohlesubvention, befand **Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN). Zudem sprach er sich gegen neue Braunkohlekraftwerke aus.

Man dürfe nicht einen der drei Aspekte – bezahlbar, sicher, klimafreundlich – überbetonen, so **Minister Garrelt Duin** (SPD). Rot-Grün sei Schrittmacher der Energiewende.

KINDER, JUGEND UND FAMILIE

Statt Innovationskraft sah **Bernhard Tenhumberg** (CDU) nur „gähnende Leere“ im Etat. Kindern würden Chancen vorenthalten.

Familiengerechtigkeit, Kita-Ausbau, Betreuungsgqualität, Sozialindex für Kitas – **Wolfgang Jörg** (SPD) fand viel Positives.

**Marcel Hafke** (FDP) beklagte falsche Prioritäten. Die Budgetaufstockung begrüßte er, jedoch bleibe der Haushalt eine Blackbox.

Rot-Grün stelle Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt, stärke Kitas und Familien, erklärte **Andrea Asch** (GRÜNE).

Man könne keinen Freifahrtschein ausstellen, begründete **Daniel Dünkel** die Ablehnung

Fotos: Schälte



Thomas Kufen (CDU)

Guido van den Berg (SPD)

Dietmar Brockes (FDP)

Wibke Brems (GRÜNE)

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)



HAUSHALT



Fotos: Schälte

Peter Preuß (CDU)

Angela Lück (SPD)

Susanne Schneider (FDP)

Arif Ünal (GRÜNE)

Olaf Wegner (PIRATEN)

der PIRATEN. Unklar sei die Mittelverwendung.

Seit 2010 sei der Etat um 837 Mio. Euro gewachsen, freute sich **Ministerin Ute Schäfer** (SPD). Ein Schwerpunkt: die frühkindliche Bildung.

KULTUR

Von der Denkmalförderung habe Rot-Grün nur ein paar Krümel gerettet und sie ansonsten abgeschafft, beklagte **Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg** (CDU).

„Das Land ist und bleibt verlässlicher Partner im Bereich der kulturellen Bildung“ – trotz Haushaltskonsolidierung, betonte **Andreas Bialas** (SPD).

„Die Schulden von heute sind die Zinslast von morgen. Das ist kulturlos“, zeigte sich **Ingola Schmitz** (FDP) enttäuscht vom Kulturhaushalt.

Rot-Grün mache die Kommunen stark, das stärke auch die Kultur, erklärte **Oliver Keymis** (GRÜNE). Unkenrufe der Opposition gingen fehl.

Es gelte, Leuchttürme in Lichternetze umzuwandeln, damit mehr Menschen an Kultur teilhaben könnten, forderte **Lukas Lamla** (PIRATEN).

Bei knappen Kassen sei es wichtig, Verlässlichkeit und Planbarkeit zu garantieren, sagte **Ministerin Ute Schäfer** (SPD). Dies sei gelungen.

SPORT

Der Etat schreibe die schwarz-gelbe Politik fort, so **Holger Müller** (CDU). Er forderte eine bessere Honorierung der Trainertätigkeit.

NRW sei mit dem Etat gut aufgestellt, betonte **Rainer Bischoff** (SPD). Zudem lobte er die Unterzeichnung des „Pakts für den Sport“.

Der Sportbund könne so bis zum Jahr 2017 planen, bestätigte **Marc Lürbke** (FDP). Insgesamt komme ihm der Sport im Haushalt aber zu kurz.

Beim Sport gehe es um mehr als um Tore und Rekorde, so **Josefine Paul** (GRÜNE). Als große Herausforderung nannte sie die Inklusion.

**Lukas Lamla** (PIRATEN) forderte die Regierung auf, mehr für die Inklusion zu tun. Ins-

gesamt sei der Sportetat zu gering angesetzt.

NRW gehe bei der Inklusion voran, so **Ministerin Ute Schäfer** (SPD). Die konkrete Sportstättenplanung liege dabei meist bei den Kommunen.

GESUNDHEIT, PFLEGE UND ALTER

Das wichtige Thema „Gesundheit und Pflege“ werde nur verwaltet, bemängelte **Peter Preuß** (CDU). Er forderte den Ausbau flächendeckender Strukturen für eine zeit- und ortsnahe Versorgung.

Ein entsprechender Gesetzentwurf werde doch aktuell im Landtag beraten, erwiderte **Angela Lück** (SPD). Des Weiteren stärke man nun nach der stationären auch die ambulante Versorgung.

Darin sah auch **Susanne Schneider** (FDP) eine Herausforderung für die kommenden Jahre. Sie forderte außerdem Maßnahmen zur Vermeidung des Ärztemangels sowie mehr Patientenberatung.

Mehr Geld gebe es unter anderem für die Pflegeausbildung, für altersgerechte Quartiersentwicklung, eine stärkere ambulante Versorgung und die Suchthilfe, erklärte **Arif Ünal** (GRÜNE).

**Olaf Wegner** (PIRATEN) kritisierte zu geringe Mittel für den Maßregelvollzug, stetig mehr Verwaltungsaufgaben für Klinikärzte und fehlende effektive Maßnahmen gegen die Gefährdung des Kindeswohls.

Aufgaben von Bund, Land und Ärzteschaft dürfe man nicht vermischen, so **Ministerin Barbara Steffens** (GRÜNE). Viel geleistet habe man in der Arzneimittelsicherheit sowie bei der Pflege.

EMANZIPATION

„Still ruht der See“: **Andrea Miltz** (CDU) vermisste innovative Ideen und Strukturveränderungen. Sie fand den Etat mutlos und rückwärtsgewandt.

Der Haushalt setze gute Politik fort, antwortete **Gerda Kieninger** (SPD): für Frauenhäuser und weiblichere Chefetagen, gegen Homophobie.

**Susanne Schneider** (FDP) hielt die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ für kostspielige Prestigeobjekte. Das Geld gehöre in den Frauenschutz.

Die Kritik an den Kompetenzzentren und den Vorwurf des Rückwärtsgewandten könne man nur in der Logik der 50er-Jahre verstehen, meinte **Josefine Paul** (GRÜNE).

Die Kosten bestimmter Maßnahmen seien nicht belegt, Haushaltstitel in verschiedenen Ressorts verstreut, kritisierte **Marc Olejak** (PIRATEN).

Tatsächlich geschehe viel, entgegnete **Ministerin Barbara Steffens** (GRÜNE) CDU und FDP. Zum Runden Tisch Prostitution gebe es bundesweit Anfragen.

UMWELT UND NATURSCHUTZ

Der Umweltminister setze seine „reichhaltigen“ Ressourcen unzulänglich und zu häufig zur „Drangsalierung der kleinen Leute“ ein. Notwendig wäre dagegen mehr Hochwasserschutz, meinte **Rainer Deppe** (CDU).

**Norbert Meesters** (SPD) verwies dagegen auf Fortschritte bei der Reduzierung der Emissionen, beim Trinkwasserschutz, der Artenvielfalt und auf Maßnahmen zur Deicherneuerung und Renaturierung.

Was mit dem Masterplan Umwelt und Gesundheit, der Strategie zu Biodiversität und Artenschutz sei, fragte **Henning Höne** (FDP). Statt Antworten zu liefern, verzettelte sich der Minister im „Klein-Klein“.

Umweltschutz verlange einen starken Staat, hob **Hans Christian Markert** (GRÜNE) hervor. Daher werde man etwa die Umweltüberwachung nicht abbauen, wie es offenbar von CDU und FDP erneut geplant sei.

Bei der vorhandenen Schädigung ganzer Habitate und Ökosysteme dürfe man keine schnelle Besserung erwarten, erklärte **Hanns-Jörg**



Bernhard Schemmer (CDU)

Andreas Becker (SPD)

Holger Ellerbrock (FDP)

Daniela Schneckenburger (GRÜNE)

Oliver Bayer (PIRATEN)

**Rohwedder (PIRATEN).** Man müsse vielmehr die Anstrengungen erhöhen.

Er orientiere sich am Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage, aber auch als wirtschaftliche Chance, so **Minister Johannes Rimmel (GRÜNE)**. Dazu gehöre zum Beispiel eine umfassende Ressourcenwirtschaft.

VERBRAUCHERSCHUTZ UND  
LANDWIRTSCHAFT

In der Lebensmittelüberwachung herrsche Verwirrung; der Datenaustausch funktioniere nicht, so **Christina Schutze Föcking (CDU)**. In der Landwirtschaft führten immer neue Erlasse am Ende weg von kleinen und hin zu großen Betrieben.

Mit Blick auf den Lebensmittelbetrug meinte **Inge Blask (SPD)**, man müsse bundesweit mehr Klarheit bei der Kontrolle erreichen. Für eine Abkehr von der Flächenprämie in der Landwirtschaft sprach sich **Frank Sundermann (SPD)** aus.

Beim Umgang mit Lebensmitteln sei eine bessere Einstellung und Kontrolle in den Unternehmen nötig, forderte **Henning Höne (FDP)**. Er lobte, dass von EU-Geldern verstärkt kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe profitierten.

**Hans Christian Markert (GRÜNE)** sprach sich für handlungsfähige Behörden und bessere Verbraucherinformation aus. **Norwich Rübe (GRÜNE)** verwies darauf, dass der landwirtschaftliche Intensivierungsprozess zum Eingreifen zwingt.

**Simone Brand** forderte für die PIRATEN eine verständlichere Kennzeichnung von Lebensmitteln sowie ein Verbot der industriellen Massentierhaltung. Nutztiere müssten bei Haltung, Transport und Schlachtung besser geschützt werden.

Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher bedeute, dass diese gleichberechtigt am Marktgeschehen teilnehmen könnten, so **Minister Johannes Rimmel (GRÜNE)**. Bei der Landwirtschaft müsse sich der Haushalt in Richtung Öko und Regionalität orientieren.

KLIMASCHUTZ

Der Klima-Haushalt beinhalte eigentlich nur Mittel für Emissionszertifikate für CO<sub>2</sub>-neutrale Dienstreisen, so **Thomas Kufen (CDU)**.

Der Etat stärke die Kommunen im Einsatz für den Klimaschutz, erklärte **Rainer Christian Thiel (SPD)**. Auch die Wirtschaft sei Teil der Lösung.

**Henning Höne (FDP)** sah in Klimaschutzgesetz und -plan den falschen Weg. Aber man müsse intensiv am Dialog teilnehmen.

Klimaschutz, sagte **Wibke Brems (GRÜNE)**, gelinge nur mit vielen Maßnahmen; er sei Fortschrittsmotor für die Wirtschaft.

„Das Klimaschutzgesetz ist unzureichend“ – **Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)** forderte den Stopp von Kohlesubventionen und Braunkohleabbau.

Für Klimaschutz von unten, auch wenn die Welt hinterherhinke, plädierte **Minister Johannes Rimmel (GRÜNE)** und zeigte sich hoffnungsfroh.

BAUEN, WOHNEN UND  
STADTENTWICKLUNG

Die Zahlen der sozialen Wohnraumförderung seien verheerend, befand **Bernhard Schemmer (CDU)**. Zudem verbrenne Rot-Grün Wohnungsbauvermögen.

**Andreas Becker (SPD)** dagegen betonte, trotz der Schuldenbremse habe NRW die Förderung neu ausgerichtet und könne sie nun fortführen.

Der Bau von Wohnungen müsse attraktiv sein, meinte **Holger Ellerbrock (FDP)**. Rot-Grün aber erreiche mit Mietbremse und Co. das Gegenteil.

Dies sei wichtig, um Mieten zu senken, so **Daniela Schneckenburger (GRÜNE)**. Dabei helfe auch der Fördermix aus Krediten und Tilgungshilfen.

Als Grundproblem bezeichnete **Oliver Bayer (PIRATEN)** die soziale Segregation. Bezahlbare Mieten korrelierten mit sinkender Lebensqualität.

Sozialer Wohnungsbau sei eine Gemeinschaftsaufgabe, betonte **Minister Michael Groschek**

(SPD). Das Land Sorge für den verlässlichen Rahmen.

VERKEHR

Wer keine Straße säe, werde Staus ernten, beschrieb **Klaus Vossemer (CDU)** die rot-grüne Verkehrspolitik als falsches Sparen.

**Reiner Breuer (SPD)** antwortete, man konzentriere sich darauf, die Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und zu verbessern.

Trotz Sanierungsbedarf auf Landesstraßen, meinte **Christof Rasche (FDP)**, würden die notwendigen Mittel erheblich reduziert.

Rot-Grün sichere neben der Verkehrsinfrastruktur auch noch den öffentlichen Nahverkehr, betonte **Arndt Klocke (GRÜNE)**.

Für **Stefan Fricke (PIRATEN)** fehlten das Geld für den Straßenerhalt wie auch alternative Ideen für eine mobile Gesellschaft.

Rund 80 Prozent der Mittel gingen in den Bestandserhalt, 20 Prozent in den Ausbau, erläuterte **Minister Michael Groschek (SPD)**. *cw/sow/bra*

Eckdaten zum Haushalt

Den im Etatentwurf 2014 geplanten Ausgaben von 62,3 Mrd. Euro stehe unter anderem ein Steueraufkommen in Höhe von 47,0 Mrd. Euro gegenüber, so die Regierung. Darüber hinaus sollen zusätzliche Einnahmen von 12,7 Mrd. Euro in die Landeskasse fließen. Die verfassungsgemäße Grenze für die Neuverschuldung liege 2014 bei gut 4,3 Mrd. Euro und werde in der Haushaltsplanung um fast 2 Mrd. Euro deutlich unterschritten, so die Landesregierung. Das Kabinett hat sich auf Einsparungen von insgesamt 865 Mio. Euro verständigt. Auch nach den Änderungen der 2. Lesung bleiben diese Größenordnungen erhalten.

Vor der zweiten Lesung des kommenden Haushalts nahm der Landtag mit rot-grüner Mehrheit den Nachtragshaushalt 2013 an. Per Saldo führt er für das Jahr 2013 zu einer Verringerung der Nettoneuverschuldung um 37,5 Mio. EUR auf rund 3,35 Mrd. EUR.



HAUSHALT



## Kapitel beendet

### Finale Haushaltsdebatte zwischen Attacke und Abschied

18. Dezember 2013 – Die dritte Lesung des Landeshaushalts für 2014 hatte – aktualitätsbezogen – einen anderen Charakter als gewohnte Generaldebatten von Regierung und Opposition. Angesichts der frisch gebackenen Großen Koalition auf Bundesebene und des anstehenden Wechsels von CDU-Fraktionschef Laumann nach Berlin wurden zwischen CDU und SPD neben den Unterschieden über den Haushalt auch grundsätzliche Gemeinsamkeiten deutlich. Eine Abrechnung über die Landespolitik erfolgte dann zwischen FDP, GRÜNEN und PIRATEN.

Fotos: Schälte



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

„Nordrhein-Westfalen ist ein tolles Land“, unterstrich der aus dem Landtag scheidende CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann. Er lobte den Gemeinsinn vielerorts und fügte hinzu: „Ein gutes Gemeinwesen braucht einen starken Staat.“ Nicht nur die Schwachen seien darauf angewiesen, sondern auch die Starken, wie sich in der Finanzkrise gezeigt habe. Deshalb sei es die wichtigste Aufgabe von Parlament und Regierung, die Handlungsfähigkeit des Staates auch für die Zukunft zu sichern. Ein handlungsfähiger Staat müsse aber solide finanziert sein. Dass in NRW seit 40 Jahren mehr Geld ausgegeben als eingenommen werde, bereite ihm riesige Sorgen, sagte Laumann. Einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, falle in NRW deshalb so schwer, weil die Wirtschaft im Vergleich zum Durchschnitt der Bundesländer unterdurchschnittlich wachse. Bundeslandbezogene Auflagen für die Wirtschaft wie etwa das Klimaschutzgesetz hielt Laumann deshalb für falsch. Dem Landtag gegenüber begründete er seine Entscheidung zugunsten einer künftigen Tätigkeit als Bundesbeauftragter für Pflege: „Ich hab schon immer diejenigen besonders gemocht, die es nicht so leicht haben.“ Vieles werde er im Herzen mitnehmen, versprach er.

SPD-Fraktionsvorsitzender Norbert Römer zeigte zum Abschied seines bisherigen Gegenspielers Laumann Wertschätzung für große Teile

seiner Rede. Er betonte – gerade in diesem „tollen Land“ mit seinen zahlreichen Strukturveränderungen – die Bedeutung der sozialen Sicherheit, der Sozialpartnerschaft, die über Mitbestimmung auch Mitverantwortung bedeute. Kein Bergmann dürfe ins Bergfreie fallen. Dies bedeute heute, dass der Staat nicht um des Sparens willen kürzen und einsparen dürfe. Er müsse vielmehr auch notwendige Zukunftsinvestitionen vornehmen. Dazu zählten vor allem die Investitionen in frühkindliche Bildung, in Schule und Weiterbildung, in Wissenschaft und Forschung. Auch angesichts notwendiger Haushaltskonsolidierung und knapper Gelder müsse man hier für eine hohe Qualität sorgen, damit man kein Kind zurücklasse, betonte Römer. Die Zahl derjenigen, die ohne Schulabschluss blieben, sei immer noch zu hoch. Außerdem stärke eine solche Politik auch die Wirtschaft, da sie einem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirke. Insofern sei der Haushalt auf die Zukunft zugeschnitten. Vor diesem Hintergrund und Bezugnehmend auf seinen Vorredner plädierte Römer an die CDU: „Stimmen Sie diesem Haushalt zu.“

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Christian Lindner, ging auf Konfrontationskurs zum Haushaltsentwurf. „Es ist im Prinzip eine soziale Fassade auf Pump, und der stimmen wir nicht zu“, sagte der Abgeordnete. Nach wie vor zeichne sich kein Konsolidierungspfad ab, mit dem 2020 die Schuldenbremse eingehalten werde. Stattdessen sei die Haushaltspolitik auf Steuererhöhungen ausgelegt, die mit der neuen Bundesregierung aber nicht kämen. Lindner bezeichnete dies als „spekulative Finanzpolitik“. Obendrein sehe der Haushalt globale Mehreinnahmen von 300 Millionen Euro vor, von denen aber unklar sei, wo das Geld her-



Karl-Josef Laumann (CDU)



komme. „Ihre Haushalts- und Finanzpolitik ist angelegt auf Verfassungsbruch mit Ansage“, sagte der Fraktionschef. Auch für die angeblichen Präventionsrenditen im Haushalt gebe es keine empirischen Belege. Während Lindner den Koalitionsfraktionen mangelnde Sparanstrengungen attestierte, verwies er auf die 71 Änderungsanträge der FDP zum Haushaltsentwurf. Damit könne die Nettokreditaufnahme schon 2014 unter 2 Milliarden Euro gedrückt werden. „Der Haushaltsentwurf zeigt, die Landesregierung ist damit beschäftigt, sich Spielwiesen und ideologischen Nebenkriegsschauplätzen zu widmen“, urteilte Lindner.

**Reiner Priggen**, Fraktionschef der GRÜNEN, bescheinigte der Koalition eine außerordentlich sparsame Haushaltsführung: „Wir haben eine klar sinkende Linie der Neuverschuldung.“ Ausgehend von 6,6 Milliarden Euro Neuverschuldung, die Rot-Grün im Jahr 2010 von der schwarz-gelben Vorgängerregierung übernommen habe, stehe man nun im Haushalt 2014 bei 2,4 Milliarden Euro. Von den kritisierten gestiegenen Ausgaben gehe ein Löwenanteil auf unvermeidliche Kosten für die Kommunen, für Grundsicherung und Alter, den Hochschulpakt und die Kleinkindbetreuung zurück. Priggen verteidigte den Eigenanteil der Kommunen am Kommunal-Soli. „Die Erwartung, dass immer alles das Land zahlt, können Sie nur fordern, solange Sie in der Opposition sind“, sagte der GRÜNE zu CDU und FDP. Einer der Änderungsanträge sei wie ein Untoter, spottete Priggen. Die Forderung nach Studiengebühren feiere in NRW jedes Jahr Auferstehung, obwohl es diese in keinem Bundesland mehr gebe. Die CDU-Forderung nach einer zwanzigprozentigen Kürzung der Mittel aller Förderprogramme kritisierte der

Fraktionsvorsitzende als unkonkret. Mit dem Prinzip „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ umgehe die CDU die sonst sehr konkrete Kritik der Interessenverbände.

Ohne zusätzliche Einnahmen werde man entweder einen wachsenden Schuldenberg oder eine kaputte Infrastruktur und ein ineffizientes Bildungssystem hinterlassen, so **Dr. Joachim Paul**, Vorsitzender der Piratenfraktion. Gerade werde die Kernsubstanz verfrühstückt. Das von der rot-grünen Landesregierung, aber auch der neuen Großen Koalition im Bund hierfür eingeplante Geld reiche nicht einmal für das Allernötigste. Mit Blick auf die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger mahnte Paul den Lohn für die immens gestiegene Produktivität an. Stattdessen steige die Zahl derjenigen, die von der Sozialhilfe leben müssten. Neben Einnahmeverbesserungen forderte Paul auch eine andere Aufteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern. Das Geld müsse zum Beispiel in die Verkehrsinfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr investiert werden, „weil diese Systeme sonst kaputt gehen“. Präventive Sozialpolitik bedinge auch mehr Mittel für die Bildung, konkret zum Beispiel für die Schulen, die bislang noch keine Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichteten. Dringend notwendig sei die Förderung der Schulsozialarbeit. Nicht genutzt werde auch das Potenzial der Digitalmedien für die Weiterentwicklung von Unterrichtsangeboten.

NRW sei ein gutes Stück von der Einhaltung der Schuldenbremse entfernt, betonte der fraktionslose Abgeordnete **Robert Stein**. Es sei geboten, den bis zum Jahr 2020 notwendigen Konsolidierungsverlauf transparent aufzeigen.

Ein klares Bekenntnis zur Sanierung des Landeshaushaltes legte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD) ab. „Unser Ziel ist Konsolidierung, und wir halten auch Wort“, sagte die Regierungschefin. Spätestens 2020 sei die schwarze Null erreicht. Dafür werde die Neuverschuldung Jahr für Jahr zurückgefahren. Allein durch eine Senkung der Ausgaben funktioniere dies aber nicht. „Einsparen ja, aber gleichzeitig investieren in die Zukunft und die Einnahmen erhöhen“, erläuterte Kraft. Durch Prävention könne erreicht werden, dass Sozialausgaben gar nicht erst entstünden. „Das ist die beste Haushaltskonsolidierung“, bekräftigte Kraft. Mit Blick auf die Änderungsanträge der Opposition sagte sie: „Sie tun oft nur so, als ob sie Alternativen aufzeigen.“ Meistens seien es widersprüchliche und sozial unausgewogene „Luftbuchungen“. Als Beispiel nannte sie die FDP-Forderung nach Mittelkürzungen für Sekundarschulen und gleichzeitig mehr Geld für private Gymnasien. Auch der Ruf nach schlankeren Strukturen bleibe unkonkret. Und wenn die Regierung wie beim Denkmalschutz spare, fordere die Opposition direkt das Gegenteil. „Einsparungen tun weh. Da muss man dann den Rücken breit machen und da muss man stehen.“

*cw/sow/Christian Wolf*

### Angenommen

Der Landtag hat den Gesetzentwurf zum Haushalt 2014 (Drs. 16/3800, Ergänzung Drs. 16/4300) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP, PIRATEN sowie des fraktionslosen Abgeordneten Stein angenommen. Änderungsanträge fanden keine Mehrheit.



Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)



# Umfassende Kommunalaufsicht kontra Selbstverwaltung

## Debatte über Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung

29. November 2013 – Über wie viel Spielraum sollten finanzschwache Kommunen bei wirtschaftlicher Betätigung verfügen? Während die CDU in ihrem Antrag insbesondere für klamme Kommunen eine vollumfängliche Prüfung wirtschaftlicher Betätigung durch die Kommunalaufsicht fordert, sieht die Regierungskoalition darin eine Beschneidung des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen. FDP und PIRATEN geht der Antrag der CDU dagegen noch nicht weit genug.

„Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen nimmt zu“, stellte Ralf Nettelstroth (CDU) fest. Dabei stehe der erhofften Gewinnaussicht jedoch immer auch das Verlustrisiko bis hin zur Totalabschreibung der Investition gegenüber. Bei Gemeinden mit Haushaltssicherungskonzept und Stärkungspaktgemeinden trügen das Land oder andere Gemeinden etwaige Verluste. Letztendlich gehe es darum, die Kommunalaufsicht in die Lage zu versetzen, ihre rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und sicherzustellen, dass etwaige Risiken allein von der Gemeinde zu tragen seien, welche die jeweilige Betätigung aufnehmen wolle.

Mit dem Politikwechsel ab dem Jahr 2010 habe die SPD als eine der ersten Reformen den Kommunen die wirtschaftliche Betätigung wieder ermöglicht, so Michael Hübner (SPD). Das sei gut und richtig gewesen. Zwischen 2005 und 2010 habe im Landtag ein Klima vorgeherrscht, das sich unter dem Mantra „Privat vor Staat“ zusammenfassen lasse. Damit habe die SPD zu Recht aufgeräumt. Was die Rechtsaufsicht über mittelbare Beteiligungen der Städte – die nicht direkt im Haushalt der Stadt zu finden seien – und deren rechtliche Rahmenbedingungen angehe, werde die SPD sich einer Debatte nicht verweigern.

Als „schlicht überflüssig“ bezeichnete Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) den Antrag der CDU. Mit der Aussage, bei einer finanzschwachen Kommune solle die Kommunalaufsicht genau hinschauen, ob sich die Kommune dieses Geschäft leisten könne, habe man lediglich eine nicht ganz zutreffende Interpretation der bestehenden Gemeindeordnung vorgenommen. Die kommunale Selbstverwaltung sei ein hohes Gut. Die Reform des Paragraphen 107a sei sehr gut und wichtig gewesen. Ein weiterer relevanter Punkt sei, dass die Oligopole der Energieunternehmen Konkurrenz von den Stadtwerken bekommen könnten. Das sei gewollt und richtig.

Der FDP fehlten in dem Antrag konkrete Forderungen, wie man das aufsichtsrechtliche Instrumentarium gegen eine ausufernde gemeinwirtschaftliche Tätigkeit verbessern könne, kritisierte Kai Abruszat (FDP). Es gehe um einen neuen Diskurs darüber, wo die Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung künftig zu setzen seien. Die Regierungskoalition habe die Schleusen geöffnet und merke jetzt, welche Konsequenzen das nach sich ziehe. Wenn Kommunen, die hochverschuldet im Stärkungspakt seien, von anderen Kommunen Stärkungspakt-hilfen bekämen, sei die Begrenzung auch eine Frage der interkommunalen Akzeptanz.

Anlass des Antrags sei offenbar der Kauf der STEAG durch das Stadtwerke-Konsortium Rhein-Ruhr, führte Frank Hermann (PIRATEN) aus. Die Details des Deals blieben mit dem Argument unter Verschluss, dass die Städte nicht unmittelbar beteiligt seien, sondern die Stadtwerke als Privatunternehmen. „Dies ist aber eine juristische Spitzfindigkeit, die unserer Meinung so nicht zulässig ist“, betonte Hermann. Er rege an, auch bei der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen mehr Demokratie zu wagen und darüber nachzudenken, wie der Bürger bei Projekten dieser Größenordnung künftig eingebunden werden könne.

Im Fokus des Antrags stehe allein die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden auf dem Sektor der Energiewirtschaft, so Kommunalminister Ralf Jäger (SPD). Für diesen Sektor gebe es im Paragraphen 107a der Gemeindeordnung klare Voraussetzungen: Die Betätigung einer Gemeinde müsse in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen. Er habe keinen Hinweis, dass die Prüfungen dieses Kriteriums nicht oder nicht ausreichend erfolgt seien. Eine vorgelagerte Prüfung durch die Kommunalaufsicht käme einer Beschneidung des Rechts auf Selbstverwaltung der finanzschwachen Kommunen gleich. Anica Bömke-Ziganki

### Entwicklung

2007 änderte die damalige CDU/FDP-Landesregierung die Gemeindeordnung und begrenzte die Möglichkeiten der Kommunen zu eigener wirtschaftlicher Betätigung. Dies nahm Rot-Grün im Jahr 2010 zurück – mit dem Ziel „die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft in Zeiten von deregulierten Märkten zu erhalten und wieder zu verbessern“, insbesondere für die Stadtwerke als „Entwicklungsmotor für regenerative und dezentrale Versorgungsstrategien“.

Der vorliegende Antrag der CDU (Drs. 16/4434) wurde einstimmig an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen. Der Wirtschaftsausschuss gibt eine Stellungnahme ab.



## Gedenken

Vor 60 Jahren wurde die Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem errichtet. Es ist die Erinnerung an die sechs Millionen Juden, die dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer fielen. Wer Yad Vashem besucht habe, den lasse dieser Ort nie mehr los, so Landtagspräsidentin Carina Gödecke in einer Gedenkstunde des Landtags. Hierzu konnte sie auch den Botschafter des Staates Israel, Yakov Hadas-Handelman (2.v.l.), die Vorsitzende des Freundeskreises von Yad Vashem Deutschland, Hildegard Müller, sowie Prof. Jan Philipp Reemtsma, Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung, begrüßen. Mit Yad Vashem sei aber auch ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung mit dem Holocaust aufgeschlagen worden, weil in der Gedenkstätte ebenso die „Gerechten unter den Völkern“ für die Rettung von Juden während der NS-Diktatur geehrt würden, so Gödecke. Foto: Schälte



## Fair oder gefährlich?

### Umstrittene Finanzspritze: hitzige Debatte um Kommunal-Soli

27. November 2013 – Mit den Stimmen von SPD und Grünen verabschiedete der Landtag das Zweite Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes (Drs. 16/3968). Bereits vor der Aussprache im Plenum wurde die Solidaritätsumlage heftig diskutiert. Während die Landesregierung den Kommunal-Soli als faire und gerechte Lösung verteidigte, kritisierte die Opposition die Abgabe als verheerende Fehlentscheidung.

Hans-Willi Körfiges (SPD) verteidigte den Stärkungspakt als einen „Akt der interkommunalen Solidarität“. Mit dem Instrument der Solidarabgabe habe man eine faire und gerechte Lösung für alle Beteiligten gefunden. Aus der vielfältigen Kritik im Vorfeld habe die Regierungskoalition Konsequenzen gezogen, indem sie die Kommunen nur mit der Hälfte der ursprünglich geplanten Summe belaste. Insgesamt habe der Stärkungspakt ein Volumen von 5,76 Milliarden Euro. Davon werde das Land insgesamt circa 4 Milliarden Euro tragen. Im Interesse der Kommunen sei dies eine Leistung, auf die das Land stolz sein könne.

„Mit dem heutigen Beschluss verursachen Sie einen mehrfach verheerenden Flächenbrand in der kommunalen Familie“, entgegnete André Kuper (CDU). Eine „Last-Minute-Belastungsreduzierung“ helfe da nur marginal. Mit einem Defizit von 400 Millionen Euro und Kassenkrediten in Höhe von 25 Milliarden Euro sei die Situation der Kommunen in NRW desolat. Dennoch wolle man von 59 Gemeinden zusätzlich 780 Millionen Euro „abkassieren“. Jedoch hätten nur sieben der betroffenen Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt, 35 dagegen Defizite in Milliardenhöhe und 17 Städte seien im Nothaushaltsrecht oder der Haushaltssicherung.

Man müsse sich einmal anschauen, wie sich die Situation in den überschuldeten Gemeinden tatsächlich darstelle, hielt Mario Krüger (GRÜNE) entgegen. In den Stärkungspaktgemeinden habe man pro Kopf Gewerbesteuereinnahmen zwischen 400 und 500 Euro. Eine Stadt wie Düsseldorf habe Pro-Kopf-Einnahmen von etwa 1.400 Euro. Im Vergleich mit der Stadt Duisburg bedeute das einen Mehrbetrag von 600 Millionen Euro – eine Realität, mit der man sich auseinandersetzen müsse. Die CDU sei schon 2011 eine Antwort schuldig geblieben, wie weitere Hilfen für hoch- und überschuldete Gemeinden alternativ finanziert werden sollten.

Mit dem Stärkungspaktgesetz hätten FDP, SPD und GRÜNE im Jahr 2011 gemeinsam ein wichtiges Selbsthilfeprogramm für die kommunale Familie ins Leben gerufen, so Kai Abruszat (FDP). Mit dem Kommunal-Soli jedoch habe

die SPD einen Irrweg eingeschlagen, den sie „bitter bereuen“ werde. Daran ändere auch die Halbierung der geplanten Abgabe nichts. Rot-Grün habe im Beratungsverfahren zum vorliegenden Gesetzentwurf nichts gelernt. Nun zu behaupten, mit dem Kommunal-Soli überfordere man niemanden, sei ein Schlag ins Gesicht der Kommunen, die jetzt mit eigenen Krediten diese Solidarabgabe bezahlen sollten.

Aus gutem Grund werde das Änderungsgesetz bereits bei der Einbringung von den meisten betroffenen Kommunen für verfassungswidrig gehalten, schloss sich Dietmar Schulz (PIRATEN) an. Anstatt von Banken und Sparkassen kreditiere nun im Prinzip das Land. Das Gesetz ändere nichts an dem bestehenden Desaster der prekär wirtschaftenden Kommunen. Im Gegenteil verstärke es den Ansatz zur Verschlechterung der Haushaltslage weiterer Kommunen, die als Geberkommunen quasi in Geiselhaft genommen würden. Viele könnten die Umlage nur über Kassenkredite finanzieren. Eine Halbierung der Lasten helfe da auch nicht.

Die Änderung des Stärkungspaktes Sorge dafür, dass strukturelle Sparbemühungen solide wirtschaftender Kommunen ad absurdum geführt würden, kritisierte Robert Stein (fraktionslos). „Das ist kommunale Haushaltsprekarisierung: den Geberkommunen so viel vorzuenthalten, dass es für sie nicht mehr zum Haushalten reicht, und den Empfängerkommunen so wenig geben, dass es auch nicht hilft“, unterstrich er. Anstelle des Kommunal-Soli solle der Bund den Kommunen in NRW helfen.

„Den Löwenanteil des Stärkungspaktes zahlt das Land“,

betonte Kommunalminister Ralf Jäger (SPD). Lediglich ein kleiner Teil solle als Solidaritätsumlage aus den Kommunen kommen. Die Stärkungspaktkommunen seien auf einem guten Weg, ihre Haushalte auszugleichen. Das geschehe mit großen Landeshilfen und zusätzlichen Konsolidierungsanstrengungen der betroffenen Gemeinden. Hilfe könne jedoch keine Einbahnstraße sein. Das Problem der überschuldeten Kommunen könne nur gemeinsam gelöst werden – auch durch einen Anteil der kommunalen Familie selbst. Die Abundanz-Umlage sei daher „gerecht, fair und wichtig“.

Anica Bömke-Ziganki

#### Zustimmung

Der Gesetzentwurf (Drs. 16/3968) wurde in namentlicher Abstimmung mit 124 gegen 100 Stimmen angenommen. Anträge der CDU, der PIRATEN sowie des fraktionslosen Abgeordneten Stein fanden keine Mehrheit.

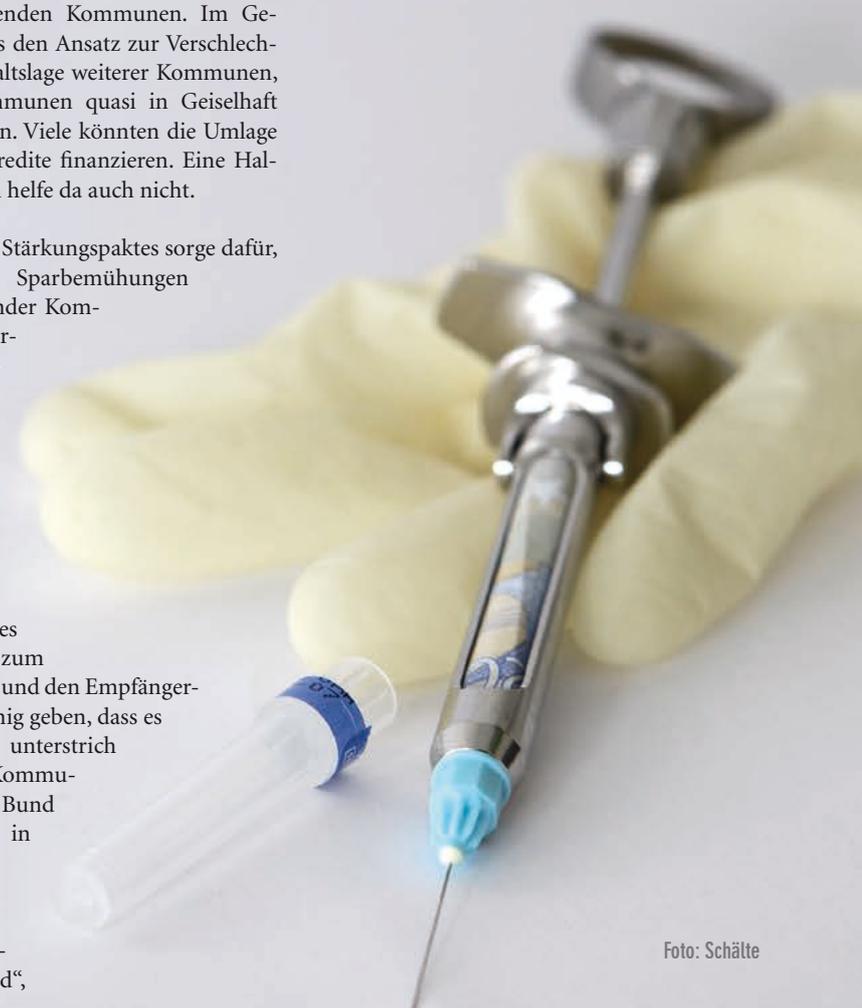


Foto: Schälte



# Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/4475	Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst in NRW, SPD, GRÜNE	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 19.12.2013
16/4443	Aufhebung des Tarifreue- und Vergabegesetzes, FDP	Wirtschaftsausschuss	Anhörung geplant
16/4380	Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens, LR	Innenausschuss	in Beratung
16/4379	Wohnungsaufsichtsrecht/ Wohnraumrecht, LR	Bauausschuss	Anhörung geplant
16/4333	Bereinigung des in NRW geltenden preußischen Rechts, LR	Innenausschuss	2. Lesung 18.12.2013
16/4232	Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften, LR	Bauausschuss	Anhörung geplant
16/4231	Gesetzliche Befristungen, Justizministeriums, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss 22.1.2014
16/4165	Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet, PIRATEN	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 13.2.2014
16/4157	Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 8.4.2014
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	Anhörung geplant
16/4151	Körperschaftsrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, alle Fraktionen	Hauptausschuss	Anhörung beschlossen
16/4103	Gesetzliche Befristungen, Finanzministerium, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 18.12.2013
16/3970	Gesetzliche Befristungen im Bereich der Landwirtschaftskammer NRW, LR	Umweltausschuss	2. Lesung 18.12.2013

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/3969	Neuordnung der Schul- und Studienfonds, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 19.12.2013
16/3967	Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden etc., LR	Kommunalausschuss	2. Lesung 18.12.2013
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten, PIRATEN	Umweltausschuss	Ausschuss 15.1.2014
16/3527	Errichtung einer Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek Medizin“, LR	Wissenschaftsausschuss	2. Lesung 18.12.2013
16/3457	Änderung des Landesjagdgesetzes, LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/3440	Ausführungsgesetz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, CDU/FDP/PIRATEN	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	Ausschuss 23.1.2014
16/3388	Demographiefeste, teilhaberorientierte Infrastruktur, (GEPA NRW) LR	Sozialausschuss	in Beratung
16/3334	Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes, LR	Innenausschuss	2. Lesung 18.12.2013
16/3248	Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit, PIRATEN	Innenausschuss	in Beratung
16/2885	Chancengleiche Ausgestaltung von weiterführenden Schulen, FDP	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 29-31.1.2014
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes, LR	Sozialausschuss	in Beratung
16/2336	Entpolitisierung der Polizei, FDP	Innenausschuss	Ausschuss 16.1.2014
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	In Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung – aktuell im Plenum entschieden

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/4139	Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes	Landesregierung	1. Lesung 17.10.2013 2. Lesung 27.11.2013	angenommen
16/4138	Altersgrenze für die Verbeamtung von Lehrkräften an Hochschulen	Landesregierung	1. Lesung 16.10.2013 2. Lesung 27.11.2013	angenommen
16/4000	Nachtragshaushalt 2013	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2.+3. Lesung 27.11.2013	angenommen
16/3968	Änderung des Stärkungspaktgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 27.11.2013	angenommen
16/3966	Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 27./28.11.2013	angenommen
16/3965	Landesreisekosten und Landesumzugskosten	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 27.11.2013	angenommen
16/3802	Gemeindefinanzierungsgesetz 2014	Landesregierung	2. Lesung 27./28.11.2013 3. Lesung 18.12.2013	angenommen
16/3800	Haushaltsgesetz 2014	Landesregierung	2. Lesung 27./28.11.2013 3. Lesung 18.12.2013	angenommen
16/3526	Aufhebung der gesetzlichen Befristung des Landespressegesetzes NRW	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 27.11.2013	angenommen
16/2097	Änderung des Landesforstgesetzes	SPD, GRÜNE	1. Lesung 28.2.2013 2. Lesung 28.11.2013	angenommen

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) ausführlichere Informationen.



## +++Meldungen+++

### Vorsicht bei Online-Spielen!

5.12.2013 – Im **Innenausschuss** warnte der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Ulrich Lepper, in seinem 21. Bericht vor allem vor bestimmten Angeboten im Internet. Dazu zählten nicht nur Online-Gewinnspiele, sondern auch Soziale Netzwerke. Solange hier nicht geklärt sei, wer wie mit welchen Daten umgehe bzw. wer auf welche Daten Zugriff habe, sei im privaten wie auch im öffentlichen Bereich Vorsicht geboten. Konkret sprach sich Lepper gegen die Nutzung dieser Netzwerke aus, wenn es um die Kommunikation zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern gehe. Kritisch zeigte sich Lepper auch mit Blick auf die geplante Datenschutzverordnung der EU. Sie dürfe nicht zu einem „Datenschutz light“ führen. Lepper befürchtete, dass die EU-Kommission versuche, genau dies über einen zentralistischen Ansatz des Vollzugs zu erreichen.

### Landwirtschaftsbeirat erhitzt die Gemüter

5.12.2013 – Die Ankündigung seitens des Landwirtschaftsministeriums, dem Direktor der Landwirtschaftskammer einen Beirat zur Seite zu stellen, ist im **Landwirtschaftsausschuss** auf scharfe Kritik der CDU-Fraktion gestoßen. Die Kammer sei zum einen nachgeordnete Behörde der Landesregierung, zum anderen nehme sie Aufgaben der Selbstverwaltung wahr, so Staatssekretär Peter Knitsch. Durch diese Mischform sei manchmal der Eindruck intransparenter Strukturen entstanden. Die CDU-Fraktion kritisierte das Vorhaben; ein Kontrollgremium sei überflüssig. Außerdem sei die Einrichtung eines solchen Gremiums ohne Beteiligung des Parlaments inakzeptabel. Die GRÜNEN regten an, auch Abgeordnete in den geplanten Beirat einzubinden, um die parlamentarische Kontrolle zu gewährleisten. Der Entwurf der Vereinbarung zwischen Ministerium und Kammer erfordert keine Gesetzesänderung, muss aber von beiden Seiten noch unterzeichnet werden.

### Innenministerium: 219 Bürgermeister treten ab

6.12.2013 – Insgesamt 219 Stadtoberhäupter und Landräte in NRW wollen ihr Amt vorzeitig niederlegen, so die Landesregierung im **Kommunalausschuss**. Damit macht gut die Hälfte der Hauptverwaltungsbeamten den

Weg frei für eine gemeinsame Wahl von Bürgermeistern und Gemeindevertretungen im kommenden Jahr. Eine zusammengelegte Wahl wird es laut Innenministerium demnach in gut einem Drittel der kreisfreien (rund 37 Prozent) und in über der Hälfte der kreis-



gehörigen Städte geben (fast 56 Prozent). Seit dem Jahr 2007 wählen die Menschen in NRW ihre (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte getrennt von den Gemeindevertretungen. Dies soll nach dem „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie“ aus dem Jahr 2012 spätestens im Jahr 2020 wieder gekoppelt ablaufen. Um möglichst schon im kommenden Jahr einen gemeinsamen Wahltermin zu erreichen, räumt das Gesetz den Hauptverwaltungsbeamten ein, ihr Amt einmalig vorzeitig zu beenden.

### Schnelles Internet, aber wie?

11.12.13 – Das Ziel, bis zum Jahr 2018 ein flächendeckendes Angebot von Datenleitungen, die 50 MBit/s und mehr transportieren können, zu erreichen, ist fraktionsübergreifend unbestritten. Für die notwendigen Ausbaumaßnahmen solle die Landesregierung einen konkreten Fahrplan vorlegen, forderten nun die PIRATEN im **Wirtschaftsausschuss** des Landtags, unterstützt von der CDU. Landesregierung und Regierungsfractionen verwiesen auf den für Ende Januar geplanten runden Tisch aller am Projekt Beteiligten. Eine gute Koordinie-

rung sei zur Erreichung des Ziels ebenso wichtig wie finanzielle Unterstützung. Der Wirtschaftsausschuss lehnte mit rot-grüner Regierungsmehrheit den Antrag ab.

### Richtungswechsel für Frauenhäuser?

11.12.2013 – In NRW sind Frauenhäuser anonym, nicht so leicht zu finden, und die dort Schutz suchenden Frauen damit auch nicht. In den Niederlanden geht man andere Wege: Sichtbar, sicher und selbstbestimmt – unter diesem Motto funktioniert das sogenannte Oranje Huis. Auch ein Konzept für NRW? Dieser Frage ging der **Frauenausschuss** nach und befragte dazu Expertinnen aus dem Frauenschutz. Viele bekräftigten, dass es auf jeden Fall auch weiterhin noch anonyme Frauenhäuser geben solle. Darüber hinaus gab es Pro und Contra zur Priorität einer Übertragung des niederländischen Konzepts auf NRW. Weil Gewalt gegen Frauen viele Gesichter habe, benötige man auch viele verschiedene Angebote. Einvernehmen gab es über die Forderung, erst einmal die bestehenden Frauenhäuser hierzulande finanziell ausreichend auszustatten. Dann könne man über eine Erweiterung der gewachsenen Unterstützungsstruktur nachdenken.

### Hauptbahnhof Essen: Problem im Griff

13.12.2013 – Rund 200 Züge seien ausgefallen, 1.800 umgeleitet worden: Über diesen Zwischenstand der notwendigen Bergbausanierungsmaßnahme am Hauptbahnhof Essen informierte Andreas Sikorski, Leiter der Abteilung Bergbau und Energie bei der Bezirksregierung Arnsberg, den **Unterausschuss Bergbausicherheit**. Danach habe man am 21.11.2013 im Zusammenhang mit dem Bau eines Hochhauses in Gleisnähe und in einer Tiefe von 18 Metern einen alten Bergbaustollen entdeckt. Wie man zwischenzeitlich wisse, sei mit diesem im Jahr 1733 begonnen worden. Um Genaueres zu erfahren, seien derzeit fünf Bohrgeräte Tag und Nacht im Einsatz. Mittlerweile habe man 303 Bohrungen mit insgesamt 11.500 Bohrmeter durchgeföhrt. Die entdeckten Hohlräume habe man mit bislang rund 2.500 Kubikmeter Baustoff verfüllt, so Sikorski. Da es sich um einen historischen Bergbau handele, könne ein Verantwortlicher wohl nicht mehr haftbar gemacht werden. Die Kosten von gut 1 Millionen Euro müsse wohl das Land tragen, erklärte die Bezirksregierung. Experten und Abgeordnete befürchteten, dass weitere unbekannte Schächte unter NRW lauern.



# Langfristige Wirkung

## Bei den Themen des Jahres ragt die Inklusion heraus

*Sie verändert ab 2015 die Schule, längerfristig aber wohl die gesamte Gesellschaft: Die Inklusion, das heißt im ersten Schritt das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen, ist daher vielleicht das zentrale Thema des Jahres. Der Landtag diskutierte unterschiedliche Standpunkte, beriet mit Fachleuten und entschied. – Schon in diesem Jahr spüren die Beamtinnen und Beamten die Auswirkungen des nicht eins zu eins übernommenen Tarifvertrags im öffentlichen Dienst. Auch hier prallten Meinungen aufeinander. Nur zwei von vielen Themen, mit denen sich die Abgeordneten im nunmehr abgelaufenen Jahr auseinandersetzen.*

**Januar** Das neue Jahr macht da weiter, wo das alte aufgehört hat: mit den Beratungen zum Haushalt 2013. Zu den Meinungsunterschieden zwischen den Landtagsfraktionen, wie und wo im Hinblick auf die Schuldenbremse gespart werden müsse oder könne, kommt Kritik aus den Reihen der Kommunen. Das Land übernehme zum Beispiel bei der geplanten Inklusion nicht die Verantwortung für Dinge, für die es eigentlich zuständig sei.

Kein Konsens auch in der Frage der Kontrolle privater Abwasserkanäle. Bei einer Anhörung jedenfalls sind unterschiedliche Expertenmeinungen bezüglich der Wirkung und Verhältnismäßigkeit des vorgesehenen Verfahrens zu hören. Im Februar setzt die Regierungsmehrheit ihre Änderung der bestehenden Regelung im Plenum durch.

Das heiße Eisen Klimaschutzgesetz wird beschlossen. Bis zum Schluss sind seine Auswirkungen zwischen den Fraktionen umstritten.

Debatte in eigener Sache: Sechs Fachleute beleuchten die Frage der Abgeordneten-Nebentätigkeiten. Bei einer möglichen Verbesserung der Transparenzregeln gehe es dabei nicht um ein „Müssen“, sondern um ein „Dürfen“ und damit eventuell auch um ein „Sollen“.

**Februar** Fachleute beschäftigen sich in einer Anhörung zum Kommunalwahlrecht mit Anträgen aller Fraktionen. Trotz Unterschiedlichkeiten geht es immer wieder um die Frage, wie die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden könnte.

Heftig umstritten: das Tariftreue- und Vergabegesetz. Nach dem Willen der Landesregierung sollen Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen ab einem Volumen von 20.000 Euro nicht nur einen Mindestlohn zahlen, sondern auch soziale und umweltbezogene Kriterien beachten.

Einig gegen geplante EU-Regelungen einer möglichen Privatisierung des Trinkwassers: SPD, GRÜNE, PIRATEN und CDU sprechen sich in einem Antrag für den Schutz der kommunalen Wasserversorgung aus.

**März** Im März wird mit rot-grüner Mehrheit beschlossen, alle Wahlen auf kommunaler Ebene wieder zusammenzulegen – möglichst bereits ab 2014.

Der Landtag verabschiedet mit Regierungsmehrheit den Haushalt für das Jahr 2013. Die Streitpunkte bleiben.

Die Landesregierung will das aktuelle Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst nicht eins zu eins auf die Beamtenschaft übertragen. Dieses Thema sorgt nicht nur im Landtag für hitzige Debatten.

Wie viele Krankenhäuser mit wie vielen Betten braucht NRW? Wie sichert man eine wohnortnahe Versorgung? Über diese und andere Fragen des Krankenhausplans 2015 beraten Abgeordnete und externe Fachleute.

Am 19. März 2013 fällt der Startschuss zu den Festlichkeiten rund um das Jubiläum 25 Jahre „Landtag am Rhein“. Landtagsarchitekt Prof. Fritz Eller sowie der ehemalige Bauminister Prof. Christoph Zöpel erläutern die Konzeption des Landtagsgebäudes. Ihr Tenor: Eine Architektur, die Menschen zusammenbringt.

**April** Das gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz führt zu einer Debatte über mögliche Mehreinnahmen, Steuerflucht und Steuerhinterziehung.

Opel will sein Werk in Bochum schließen. In einer Sondersitzung des Landtags sind sich alle Fraktionen im Ziel einig: so viele Arbeitsplätze erhalten wie möglich. Uneinigkeit herrscht dagegen über die Rolle und die Möglichkeiten der Landesregierung.

Auftakt zu einem großen Projekt: Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen, Herzstück der Inklusion, wird in erster Lesung im Landtag beraten. Auch hier: Einigkeit über das Vorhaben, Dissens über die Umsetzung.

**Mai** Nach dem systematischen Versagen der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang der Morde durch den Nationalsozialistischen Untergrund beschäftigt den Landtag die Frage, wie der Verfassungsschutz künftig arbeiten soll, um sowohl wirksam zu sein als auch Vertrauen zurückzugewinnen.

Außerdem beschließt der Landtag, dass im Ausland erworbene Qualifikationen hier leichter anerkannt werden können.

**Juni** Während NRW relativ trocken davon kommt, tobt an der Elbe das Hochwasser. In der Folge der Zerstörungen leistet NRW über die nächsten 20 Jahre finanzielle Hilfe in Höhe von 44 Millionen Euro jährlich.

In einem gemeinsamen Anhörungsmarathon befragen vier Fachausschüsse 100 Sachverständige zur geplanten schrittweisen Inklusion in Schulen. Es überwiegt die Skepsis. Die Sachverständigen fordern mehr Geld und kleinere Klassen.

Dominiert wird der Frühsommer außerdem von den Protesten der Beamtenschaft gegen von der Landesregierung geplante Nullrunden für höhere Beamte. In der Expertenanhörung: breite Ablehnung zu diesem Vorhaben.

Der Landtag beschließt eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes.

Außerdem debattiert er illegale Zustände in der Haltung von Nutztieren. Tierschutzverbände bekommen gesetzlich das Recht, in solchen Fällen im Namen der Tiere dagegen zu klagen.

Blaues Blut im blauen Kostüm: Kronprinzessin Mary besucht den Landtag NRW.





**Juli** Anfang Juli feiert der Landtag: Ein Vierteljahrhundert steht das Parlamentsgebäude am Rhein und strahlt mit seiner hellen, offenen, runden Gestalt Diskursfreudigkeit und Transparenz aus.

Innen drin bleibt die Beamtenbesoldung ein heißes Eisen. Trotz des Protestes und über 55.000 Unterschriften gegen die Pläne der Regierung beschließt der Landtag mehrheitlich den Gesetzentwurf der Landesregierung.

Im Zuge der Enthüllungen durch Edward Snowden diskutiert der Landtag über mögliche Wirtschaftsspionage in NRW.

Ein weiteres Topthema im Juli: die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Ab August haben die Eltern einen Rechtsanspruch auf einen solchen Betreuungsplatz. Die Abgeordneten erörtern mit Fachleuten den Stand der Dinge. Uneinigkeit gibt es darüber, ob genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen und wer den weiteren Ausbau bezahlen soll.

Der Landtag setzt eine Kommission ein, die die bewährte Landesverfassung im Hinblick auf Transparenz und Mitgestaltung etwas moderner machen soll.

Beim fünften Jugend-Landtag debattieren Schülerinnen und Schüler aus ganz NRW Themen wie „(Begleitetes) Fahren mit 16“ und „Keine Fete an Feiertagen“.

**August** Nordrhein-Westfalen wird 67 Jahre alt. Als Bindestrich-Land gegründet, ist NRW zusammengewachsen und hat darüber hinaus enorme Integrationskräfte entwickelt, lobt die Landtagspräsidentin.

**September** Erneute Erregung über die Kanalprüfung. Jetzt werfen die Oppositionsfractionen der Regierung vor, sie wolle über die Durchführungsverordnung den Generalverdacht „durch die Hintertür“ einführen.

Der Landtag beschäftigt sich erneut mit der kommunalen Demokratie. In Zukunft schreibt das Kommunalwahlgesetz vor, dass eine erforderliche Wiederholungswahl binnen eines Jahres nach der ursprünglichen Wahl erfolgen muss. Ansonsten gilt sie als Neuwahl, bei der dann auch neue Wählergruppen und Parteien antreten können.

Heftige Auseinandersetzungen dann über die Verweigerung einer Bürgerschaft für den Gewerbepark newpark in Datteln/Waltrop. Die Gründe der Entscheidung treffen bei SPD und GRÜNEN auf Verständnis, nicht dagegen bei CDU, FDP und PIRATEN.

Ein halbes Jahr nach dem Haushalt 2013 steht der Etatentwurf für 2014 an. Zu den Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit höherer Schulden angesichts gestiegener Einnahmen kommt die Frage des Kommunal-Soli.

**Oktober** Die Landesregierung will, dass arme Kommunen von anderen Kommunen finanziell mit unterstützt werden. Das lehnen sowohl die Oppositionsfractionen als auch die Betroffenen ab, wie eine Expertenanhörung zeigt.

Die parlamentarischen Debatten über die Inklusion finden ihren vorläufigen Abschluss. Mit Regierungsmehrheit wird der Gesetzentwurf der Landesregierung beschlossen: Kinder mit Behinderungen haben ab dem Schuljahr 2014/15 schrittweise einen Rechtsanspruch auf Unterricht an einer Regelschule.

Der Landtag beschließt sein Jubiläumsjahr mit einem fröhlichem Festakt. Bei Gratulanten, Festgästen und Mitwirkenden stand die Freude über das gelungene Bauwerk im Mittelpunkt. Eine Ausstellung, die noch bis Anfang des Jahres zu sehen ist, rundet die Feierlichkeiten ab.

**November** Im November dreht sich in den Fachausschüssen (fast) alles um den Haushalt. Alle Einzelpläne werden begutachtet, externe Fachleute nehmen in Kommunal- wie auch Haushaltsausschuss Stellung. In der zweiten Lesung werden die unterschiedlichen Standpunkte bezüglich einsparen, gestalten und vorbeugen deutlich (Seiten 4-9).

Angenommen wird die gleichfalls umstrittene Änderung des Stärkungspakts. Während die Landesregierung den Kommunal-Soli als faire und gerechte Lösung verteidigt, kritisiert ihn die Opposition als „verheerende Fehlentscheidung“.

Vertiefend beschäftigt sich der Landtag in einer Anhörung mit dem Thema Integration. Dabei gibt es unterschiedliche Auffassungen zu Integrationsrat, Wahltermin und Wahlrecht.

**Dezember** Im letzten Plenum des Jahres wird der Haushalt angenommen (Seiten 10-11).

Beim Gesetzentwurf „Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen“ (Piratenfraktion) zeigt sich eine große Bandbreite an Aspekten und Interessen.

Der Weg hin zu kritischen Konsumenten soll bereits in der Schule beginnen, meinen SPD und GRÜNE. Dementsprechend hört der Schulausschuss eine Reihe von Fachleuten zur Verbraucherbildung, verbunden mit dem FDP-Vorschlag, in Realschulen das Fach „Wirtschaft“ einzuführen.

cw/sow





## Shoppen lernen

### Verbraucherbildung? Schulfach „Wirtschaft“?

**12. Dezember 2013 – Jugendliche auf ihre Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten vorbereiten – das ist das Ziel zweier Anträge, die im Ausschuss für Schule und Weiterbildung behandelt wurden. Während SPD und GRÜNE eine Weiterentwicklung der Verbraucherbildung wollen (Drs. 16/3223), fordert die FDP in der Realschule die Einführung eines neuen Faches „Wirtschaft“ (Drs. 16/3448). In einer Anhörung bezogen ein gutes Dutzend Sachverständige zu den Anträgen Stellung; eine klare Linie hat sich nicht herauskristallisiert.**

In ihrem Antrag „Verbraucherbildung in der Schule nachhaltig und vielfältig gestalten“ fordern SPD und GRÜNE, die Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung als Teil der Verbraucherbildung weiterzuentwickeln. Das bisherige Fach „Hauswirtschaft“ soll neu gestaltet werden. Die FDP-Fraktion will mit ihrem Antrag „Profilbildung des Realschulbildungsgangs stärken – Fach Wirtschaft als verbindliches Schulfach einführen“ hingegen ein eigenes Fach aufbauen.

Die Industrie- und Handelskammer NRW warb dafür, unter den Schülerinnen und Schülern ein größeres Verständnis für die Aufgaben der Unternehmen zu schaffen. Eine Konzentration auf die Verbraucherrolle reiche nicht aus, sagte Franz Roggemann. Wichtig sei ein ausgewogener Ansatz beider Bereiche.

Der Verband „Lehrer nrw“ sprach sich für ein Fach „Wirtschaft“ aus. „Eine Weiterentwicklung der Verbraucherbildung greift zu kurz“, sagte Brigitte Balbach. Die Grundlagen ökonomischer und verbraucherrelevanter Bildung seien in einem Fach „Wirtschaft“ besser zu vermitteln. Das Verbraucherverhalten dürfe nicht nur aus der Perspektive privater Haushalte, sondern müsse auch aus betriebs-, volks- und weltwirtschaftlicher Sichtweise betrachtet werden. Aus Sicht der LandesschülerInnenvertretung wäre eine Kombination beider Fächer unter dem Dach der „Sozialwissenschaften“ sinnvoll. Dort gebe es einen offenen Austausch von Meinungen, sagte Johannes Trulsen.

Vonseiten der Landfrauenverbände wurde die Einführung des Pflichtfaches „HausWirtschaft“ oder „management@home“ ins Spiel gebracht. Dieses solle sich sowohl um das „Unternehmen Haushalt“ als auch die moderne Wirtschaftswelt kümmern. Wichtig sei, dass es nicht nur um die reine Wissensvermittlung, sondern auch den Erwerb von praktischen Kompetenzen gehe, sagte Jutta Kuhles.

#### FÄCHERKANON

Der Bielefelder Soziologe Prof. Reinhold Hedtke warnte vor einer weiteren Aufspaltung des Fächerangebots. So hätte ein separates Pflichtfach Wirtschaft „erhebliche negative Folgen“: Ökonomische Inhalte würden aus Fächern wie Politik herausgetrennt und damit die politische Bildung entökonomisiert sowie die ökonomische Bildung von ihrer politischen Dimension abgetrennt, meinte er. Zudem gehe ein Pflichtfach „Wirtschaft“ zulasten der übrigen Fächer aus der Gesellschaftslehre. Für ein Fach „Politik-Wirtschaft-Gesellschaft“ sprach sich Prof. Birgit Weber vom Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften der Universität Köln aus. Die einzelnen Bereiche seien so eng verbunden, dass sie nicht willkürlich getrennt und gegeneinander ausgespielt werden dürfen, sagte sie.

Die Wahl zwischen „Wirtschaft“ oder „Verbraucherbildung“ entschied Prof. Michael-Burkhard Piorokowsky vom Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomie der Universität Bonn zugunsten der „Wirtschaft“. Die Verbraucherbildung behandle lediglich Teile der ökonomischen Bildung, sagte er. Auf dieselbe Weise äußerte sich Prof. Thomas Retzmann vom Institut für Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaft der Universität Duisburg-Essen. Nur in einem Wirtschaftsfach könnten die Grundlagen ökonomischer Bildung systematisch vermittelt werden. Die Verbraucherbildung sei ein „selbstverständlicher“ Teil der ökonomischen Bildung und darin „umfanglich und vielfältig“ repräsentiert. Während ein Verbraucherricht „monoperspektivisch“ aus Sicht der Verbraucherlehre, eröffne das Fach Wirtschaft vielfältige Sichtweisen: die Konsumenten- und Produzenten-, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite. Prof. Kirsten Schlegel-Matthies vom Institut für Ernährung, Konsum und Gesundheit von der Universität Paderborn warnte: „Es darf nicht sein, dass die Bereiche gegeneinander ausgespielt werden.“ Prof. Ines Heindl von der Universität Flensburg warb für die „Verbraucherbildung“, die 2009 in Schleswig-Holstein die Haushaltslehre abgelöst habe.

Wie die Schuldner- und Insolvenzverwaltung der Diakonie Krefeld-Viersen wies auch die Verbraucherzentrale NRW darauf hin, dass junge Menschen Defizite in Verbraucherfragen hätten – etwa bei den Themen Finanzen oder Datenschutz. Statt eines neuen Faches, für das es sowieso keine Ressourcen gebe, sollte es vielmehr als Querschnittsaufgabe begriffen und in bestehende Schulfächer integriert werden, sagte Klaus Müller. Voraussetzung sei, dass dies verbindlich festgeschrieben werde und die Verbraucherbildung nicht vom Engagement der Lehrkräfte abhängt.

Christian Wolf

Foto: Schälte





# Steiniger Weg zu mehr Transparenz

## Umfassendes Informationsrecht zur Meinungsbildung gefordert

*5. Dezember 2013 – Über Transparenz reden viele. Schließlich sollen den Bürgerinnen und Bürgern keine wichtigen Daten vorenthalten werden. Geht es aber um die Frage der Umsetzung und konkreten Ausgestaltung, ist es mit der Einigkeit schnell wieder vorbei. So auch bei einer gemeinsamen Expertenanhörung von Innen- und Kommunalausschuss zum Gesetzentwurf „Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 16/3248) der Piratenfraktion. Ein gemeinsamer Nenner ließ sich unter den Sachverständigen nicht finden – zu groß sind die unterschiedlichen Interessen.*

Mit dem Gesetzentwurf soll ein umfassendes Informationsrecht eingeführt werden, das die demokratische Meinungs- und Willensbildung unterstützt und so die bürgerschaftliche Teilhabe fördert. Während das gültige Informationsfreiheitsgesetz Auskünfte lediglich auf Antrag gewähre, sollten Informationen „seitens des Staates von Amts wegen zugänglich gemacht“ werden, heißt es.

### KOMMUNEN SEHEN KEINEN BEDARF

Vertreter der kommunalen Spitzenverbände konnten sich mit dem Gesetzentwurf überhaupt nicht anfreunden. Ein gesetzgeberisches Handeln sei nur bei Bedarf notwendig. „Einen solchen Bedarf sehen wir aus kommunaler Sicht mit Blick auf die Themen Transparenz und Informationsfreiheit derzeit nicht“, sagte Dr. Marco Kuhn vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen. Schon jetzt informierten die Kommunen interessierte Bürgerinnen und Bürger auf vielfältige Art und Weise. Der Gedanke von Öffentlichkeit und Transparenz sei nichts Neues. Wichtig sei allerdings die Freiwilligkeit, mit der so etwas geschehe. Auf freiwilliger Basis würden die Verwaltungen aktiv an dem Thema mitwirken. Gesetzliche Verpflichtungen wären kontraproduktiv, meinte er. Außerdem gebe es mit Blick auf die verfassungsrechtlich verbürgte kommunale Organisationsfreiheit „große Bedenken“.

Stellvertretend für die kommunale Familie wies Kuhn auch darauf hin, dass eine un-

mittelbare Kontrolle der Verwaltung durch die Bürgerschaft dem Modell der repräsentativen Demokratie widerspreche. Aus kommunalverfassungsrechtlicher Sicht obliege es den Räten und Kreistagen, die Verwaltungen zu kontrollieren und zu überwachen.

Auf den entstehenden Kosten- und Arbeitsaufwand machte Martin Lehrer vom Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen aufmerksam. Wenn Verwaltungsdaten verpflichtend zugänglich gemacht werden müssten, löse dies einen beträchtlichen Aufwand und Kosten aus. Für die Bereitstellung und Aufarbeitung der Daten müssten zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden.

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Ulrich Lepper, zeigte sich grundsätzlich offen für einen nachhaltigen Ausbau von Transparenz und Open Data und nannte den Gesetzentwurf einen „wichtigen Beitrag“ dazu. Allerdings sei dieser keine Weiterentwicklung des bestehenden Informationsfreiheitsgesetzes, sondern eine komplette Neufassung, die teilweise sogar etwas hinter den bisherigen Regelungen zurückbleibe. Sein Wunsch sei unter anderem ein Katalog mit eindeutigen Veröffentlichungspflichten.

### FORDERUNG NACH ZENTRALEM REGISTER

Seitens des Vereins „Mehr Demokratie“ wurde der Schritt weg von einem Informationszugang auf Antrag und hin zu einer proaktiven Veröffentlichungspflicht begrüßt. Sofern nicht eng

definierte Ausnahmebestände griffen, solle die Veröffentlichung integrierter Bestandteil des Verwaltungshandelns sein. Daniel Lentfer vom Landesverband Hamburg forderte in diesem Zusammenhang ein zentrales, elektronisches Informationsregister, in dem alle Daten übersichtlich und anwenderfreundlich zugänglich seien. Der Arbeitsaufwand für die Kommunen sei „nicht so groß“.

Alexander Trennheuser vom NRW-Landesverband wies auf die Vorteile eines Transparenzgesetzes hin: Es stärke die demokratische Kontrolle durch parlamentarische Oppositionen, kritische Medienleute sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Da die Umsetzung auf Landesebene etwa drei Jahre und in den Kommunen etwa sechs Jahre dauere, solle das Projekt jetzt angegangen werden. Der Gesetzentwurf sei dafür ein „erster Aufschlag“. Dem Argument des Mehraufwandes in den Verwaltungen entgegnete Stefan Wehrmeyer von der Open Knowledge Foundation, dass die bislang individuellen Anfragen nach Informationen durch eine verpflichtende Veröffentlichung schrittweise zurückgehen würden.

Insgesamt positiv bewertete Dr. Wilhelm Mecklenburg (netzwerk recherche e. V, Berlin) den Gesetzentwurf. Trotzdem führte er einige Kritikpunkte an. Besonders kritisch sei eine Presseklause, wonach alle Informationen aufgrund presserechtlicher Anfragen veröffentlicht werden sollen. Investigative Arbeit würde dadurch unmöglich gemacht. Aus handwerklicher Sicht sei eine Überarbeitung des Entwurfs nötig.

*Christian Wolf*



# Aus den Fraktionen

## Frühe Bildung wird gerechter – Schritt für Schritt

Jetzt beginnt die Verbändeanhörung für die nächste große Korrektur des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Diese soll im kommenden Kindergartenjahr wirksam werden.

„Mit der ersten Korrektur haben wir einiges erreicht“, sagt Britta Altenkamp (Foto), stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in NRW: „keine Gebühren für das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung, eine personelle Entlastung, die Elternmitwirkung auf allen Ebenen sowie eine Qualitätssteigerung in den Einrichtungen.“

Diesmal soll vor allem der Bildungsort Kita (Kindertageseinrichtung) gestärkt werden. „Mit der Überarbeitung des KiBiz schreiben wir mehr Bildung ins Gesetz, welche Ansprüche an die Kita und die Tagespflege gestellt werden“, so Altenkamp weiter. Auch die Eltern werden mit in die Verantwortung genommen. Außerdem sollen

festen Standards mit den Trägern vereinbart werden, die Inhalte und Ziele früher Bildung stärken.

Kern der jetzigen KiBiz-Korrektur ist die verbesserte Bildungsgerechtigkeit. Ungleiches soll künftig ungleich behandelt werden – Einrichtungen mit sozial benachteiligten Familien stärker gefördert werden. Diese Kitas erhalten mindestens 25.000 Euro pro Jahr zusätzlich.

Es gehe auch um Bildungsinhalte, erklärt Altenkamp: „Wir fördern die sprachliche Kompetenz der Kinder von Anfang an durch Fachpersonal der Kitas. Dadurch wird der umstrittene Test zwei Jahre vor der Einschulung entfallen. Dieser setzte viel zu spät an, war viel zu aufwändig und die daraus abgeleiteten zusätzlichen Sprachfördermaßnahmen zeigten nicht die erhoffte Wir-



kung.“ Zukünftig werden Erzieherinnen und Erzieher die Sprachfähigkeit im alltäglichen Zusammensein ermitteln und daran die Förderung ausrichten. Auch dafür gebe es mehr Geld.

Häufig scheiterte frühkindliche Bildung an der personellen Ausstattung. „Daher sehen wir für Kitas eine Verfügungspauschale vor, gestaffelt nach der Größe der Einrichtungen.“



## Landeshaushalt 2014: Rot-Grün verweigert sich stur Strukturreformen

In den Beratungen zum Landeshaushalt 2014 hat die CDU-Landtagsfraktion für ihr Zukunftsprogramm für stabile Landesfinanzen geworben. Die 67 eingebrachten Änderungsanträge zeigen, wie die Sanierung der Finanzen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft gelingen kann. Wichtige Bausteine sind u.a. der Einsatz von Schul- und Polizeiverwaltungsassistenten, ein aktives Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst und die Stärkung der Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen. „Rot-Grün verweigert sich den nötigen Strukturveränderungen. In den aktuellen Beratungen zum Landeshaushalt 2014 ist bei Rot-Grün von einem Konsolidierungswillen nichts zu sehen. Sie plündern den Landeshaushalt weiterhin stur auf Kosten der kommenden



Generationen“, erklärt der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marcus Optendrenk (Foto). Vier Prozent des Fördervolumens des Landes sollen in 2014 auf Vorschlag der CDU-Fraktion eingespart werden – und zwar nach Ressorts aufgeteilt, pauschal oder durch konkrete Einzelmaßnahmen. Optendrenk: „SPD und Grüne haben weder diesen noch einen der anderen Vorschläge der CDU-Fraktion aufgegriffen. Sie haben aber keine eigenen Vorschläge gemacht. Seit drei Jahren blockiert Rot-Grün die erforderlichen strukturellen Reformen. Das ist unverantwortlich, ungerecht und unsozial.“ Um die Schuldenbremse einhalten zu können, müsse umgehend eine Kurskorrektur erfolgen. Die CDU-Fraktion for-

dert daher von der rot-grünen Landesregierung eine verbindliche Finanzplanung bis zum Jahr 2020. „Wenn SPD und Grüne so weitermachen wie bisher, werden wir spätestens im Jahr 2020 eine ganz böse Überraschung erleben. Andere Länder haben bereits vorgemacht, wie das geht. Baden-Württemberg und Hamburg haben sich selbst zu einem verbindlichen Abbaupfad des Defizits bis 2020 verpflichtet. Wir schlagen daher die Aufnahme eines entsprechenden Paragraphen im NRW-Haushaltsgesetz 2014 vor,“ sagt Optendrenk.





## Alle Jahre wieder ...

... schmücken Schulkinder aus NRW den Weihnachtsbaum vor dem Grünen Fraktionssaal. In diesem Jahr besuchte uns die Klasse 4 der inklusiven Regenbogen-Grundschule aus Düsseldorf im Landtag. Gemeinsam mit ihrer Lehrerin schmückten die 27 Kinder unseren Tannenbaum mit selbst gebasteltem Weihnachtsschmuck. Der verzierte Baum ist jetzt vor dem Grünen Fraktionssaal zu bewundern. Die Parlamentarische Geschäftsführerin Sigrid Beer sowie die Abgeordneten Norwich Rüße und Martin-Sebastian Abel begrüßten die Kinder und stimmten mit ihnen gemeinsam Weihnachtslieder an. „Diese Kinder, die ganz selbstverständlich gemeinsam lernen, haben uns einen gelungenen Jahresabschluss bereitet“, freut sich die Bildungsexpertin Beer.

Der schöne Baum der Grünen Fraktion stammt in diesem Jahr vom ökologisch wirt-

schaftenden Bioland Hofgut Schulze Buschhoff aus Münster. Damit ist garantiert, dass er ohne Pestizide groß geworden ist und damit weder das Grundwasser noch der Boden belastet wurden. ■



## FDP-Fraktion: Neue Chancen für lebenswerte Städte schaffen

Politik für die Menschen wird vor Ort gestaltet – mit und für die Bürgerinnen und Bürger. In den Kommunen Nordrhein-Westfalens werden die Weichen gestellt, welche Chancen Kinder und Jugendliche erhalten – durch gute Kitas und Schulen, engagierte Vereine und Initiativen. Für wichtige Zukunftsaufgaben wie die Kinder- und Jugendpolitik, die Investitionen in Bildungseinrichtungen oder Kulturförderung fehlen jedoch immer häufiger die Mittel. Die FDP möchte aber, dass die Kommunen in NRW auch künftig lebenswert und handlungsfähig sind. Wege aus der Finanzmisere, aber auch Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen wurden dazu beim Kommunalkongress „Neue Chancen für lebenswerte Städte“ der Landtagsfraktion mit zahlreichen Experten sowie fast 200 Gästen diskutiert. „Neue Impulse für lebenswerte Städte sind nur möglich, wenn



die Kommunal Finanzen wieder auf eine solide Grundlage gestellt werden“, unterstrich Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Kai Abruzat betonte, dass Bund und Land verpflichtet seien, für eine auskömmliche Finanzierung der Städte und Gemeinden zu sorgen. „In den vergangenen Jahren sind immer wieder Aufgaben auf die Kommu-

nen übertragen worden, ohne die notwendigen Gelder bereitzustellen“, bemängelte Abruzat. Die Bedeutung der lebenswerten Kommune als Standortfaktor, betonte Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion: „Unternehmen und Familien entscheiden sich auch nach der Qualität der Kinderbetreuung und Schulen oder dem kulturellen Angebot.“

Im Anschluss an die Diskussion im Plenarsaal fanden Workshops zu den Themen Kulturförderung, familienfreundliche Kommune und der Vereinbarkeit von Ganztagschule und Vereinen statt. ■



## Landeshaushalt 2014 – Zum Weihnachtsfest ein Sack voll Schulden

Zu Beginn die gute Nachricht: Pünktlich zum Jahresende hat NRW einen Landeshaushalt für das nächste Jahr. Aber damit hört es auch schon auf. NRW ist hoch verschuldet und 2014 kommen 2,4 Milliarden Euro dazu. Aber spätestens ab 2020 wird es eng, denn dann muss der Haushalt aufgrund der gesetzlich verankerten Schuldenbremse ohne neue Kredite auskommen.



Dr. Joachim Paul

Unser Landeshaushalt weist erhebliche strukturelle Defizite auf und durch den Koalitionsvertrag in Berlin wird die Situation nicht besser. Ohne Hilfe aus dem Bund lassen sich viele Haushaltsprojekte der Landesregierung, wie z.B. zur Infrastruktur, nicht finanzieren. Von dem Koalitionsvertrag gehen

keine positiven Impulse aus. Die Überwachung der Bürger nimmt zu, die Vorratsdatenspeicherung kommt. Es fehlen klare Visionen für eine moderne EU-Politik, für eine EU-Krisenbewältigung und vor allem für eine nachhaltige Steuerpolitik. Der Klimaschutz wird ignoriert und aus der Energiewende wird eine Energiebremse. Der Koalitionsvertrag ist eine Kapitulationserklärung für den

Schutz der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter, in anderen wichtigen Politikfeldern dominieren Mutlosigkeit und Konzepte von gestern. Überwachung statt informationelle Selbstbestimmung, Kohle statt Energiewende – Zukunftsorientierung sieht anders aus.

Unsere Schwerpunkte beim Landeshaushalt sind unter anderem der Einsatz von frei kopierbaren und veränderbaren Lernmitteln, der Erhalt der erfolgreichen und notwendigen Schulsozialarbeit sowie der öffentliche Personennahverkehr. Den Mehrausgaben kommen ein Streichen der AKW-Förderung sowie Mehreinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich entgegen.

Wir gehen motiviert und voller Tatendrang ins neue Jahr. Wir wünschen Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2014! ■



**PIRATEN FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW



## Zweimal hinschauen

### Tee und Spielzeug mit Gefahrenpotenzial?

*4. Dezember 2013 – Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher liegt den Abgeordneten des Landtags am Herzen. Daher hat der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Bericht angefordert zu Dingen, die Menschen gefährlich werden könnten. Es geht um möglicherweise giftige Substanzen in Tees und um unsicheres Spielzeug. Mit Blick auf bestimmte Unkräuter, die unter anderem in Tees vorkommen können, gab das Ministerium vorsichtige Entwarnung. Beim Spielzeug zeigte sich, wie wichtig die Kontrollen sind – einiges gab es zu beanstanden. Die Abgeordneten wollen in beiden Fällen den Sachverhalt im Auge behalten.*



Foto: Schälte

Vieles, aber leider nicht alles, was aus dem Garten und in den Tee kommt, ist gesund. Bestimmte Pflanzen enthalten Stoffe, die für den Menschen unbedenklich oder giftig sind. Dazu gehören sogenannte Pyrrolizidinalkaloide, kurz PA. Sie werden von Pflanzen gebildet, um Tiere abzuwehren. Einige dieser Pflanzen wie das Jakobskreuzkraut, das Gemeine Geißkraut oder der Natternkopf wachsen in der freien Natur als Unkraut auf den Feldern und können somit in Getreide, Salaten, Gemüse, Honig oder Tees vorkommen. Denn nicht immer sind sie einfach von den eigentlichen, gewollten und bekömmlichen Pflanzen zu unterscheiden. Damit sind sie maschinell kaum herauszufiltern. Es wird davon ausgegangen, dass PA chronisch-giftig wirken und zum Beispiel zu Leberfunktionsstörungen führen kann.

Im angeforderten Bericht des Umweltministeriums an die Abgeordneten heißt es jedoch aufgrund einer Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung, eine akute oder langfristige Gefahr für Verbraucherinnen und Verbraucher durch den Verzehr von Kräutertees und Teeaufgüssen sei nicht bestätigt. Zu gering sind offenbar die Mengen, die sich im Tee wiederfinden. Gesetzliche Grenzwerte gibt es derzeit allerdings nicht. Vorsichtshalber sollte aber darauf geachtet werden, den täglichen Flüssigkeitsbedarf nicht nur durch Kräutertees abzudecken.

„Der Verbraucher wird herzlich alleingelassen“, schlussfolgerte deswegen Hans-Christian

Markert (GRÜNE). Er schlug vor, sich auf EU-Ebene für Grenzwerte einzusetzen. Gleiche Bedingungen hälften auch den Importeuren.

#### SICHERES SPIELZEUG?

Nie wird mehr Spielzeug gekauft als zur Weihnachtszeit. Das Papier raschelt, die Kinderaugen sind groß, und noch unterm Tannenbaum wird gleich losgelegt und getestet: mit den Händen, mit dem Mund. Ob Holz, Kunststoff oder Metall – die Sicherheit von Spielzeug ist unerlässlich.

Daher ließen sich die Abgeordneten darüber informieren, wie es denn um die Sicherheit bestellt ist. Die Landesregierung berichtete, dass das Land NRW jährlich stichprobenartig und risikoorientiert bis zu 1.000 Spielzeuge und Scherzartikel auf chemische Gefahren hin untersucht. In den Jahren 2007 bis 2012 habe man von 6.037 Proben rund zehn Prozent beanstandet. So hätten 341 Spielzeuge chemische Mängel aufgewiesen, bei 271 hätten die Hersteller die Waren falsch gekennzeichnet.

Auch die Bezirksregierungen nähmen das Problem ernst, erläuterte das Ministerium in einem Bericht. Im Jahr 2012 hätten sie 928 Spielzeuge getestet. Davon hätten 682 nicht die Anforderungen der Spielzeugverordnung er-

füllt: Erstickungsgefahr durch lose Kleinteile, Strangulationsgefahr durch Kordeln und Ketten, so laute Spielzeuge, dass sie Hörschädigungen verursachen können.

Die entsprechenden Hersteller, Händler und Importeure seien über die Mängel informiert worden, heißt es im Bericht. Sie seien aufgefordert worden, die beanstandeten Spielzeuge entweder nachzubessern oder aus dem Handel zu nehmen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf nickelhaltigem Spielzeug. Schließlich gilt Nickel als Kontaktallergen mit der höchsten Sensibilisierungsrate. Das Ministerium geht davon aus, dass etwa zehn Prozent aller Kinder gegenüber Nickel sensibilisiert sind. Hatte das Land NRW bei Untersuchungen im Jahr 2012 bei 23 von 59 untersuchten Proben eine erhöhte Nickelfreisetzung beanstandet, war im Jahr 2013 von 37 Spielzeugen keines auffällig, so der Bericht an den Ausschuss.

Wegen einer EU-Verordnung seien heute europaweit erheblich mehr Schadstoffe erlaubt als zuvor in den Einzelländern. Eine Landtagsdelegation wolle bei einem anstehenden Besuch in Brüssel im Zusammenhang mit der Zukunft der chemischen Industrie in NRW das Problem zur Sprache bringen, hieß es im Ausschuss. Generell besser als Grenzwerte festzulegen sei es, dafür zu sorgen, dass Schadstoffe in der Produktion erst gar nicht in die Spielzeuge hineinkämen. *cw/sow*

## Portrait: Monika Pieper (PIRATEN)



Monika Pieper merkte kürzlich wieder, wie schnell man anecken kann, als sich die Landtagsverwaltung meldete. Ein Abgeordneter der Piratenfraktion hatte das Gesicht des NSA-Whistleblowers Edward Snowden ans Bürofenster geklebt, so dass man es von außen sehen konnte. Allerdings verfrügte sich dies nicht mit der Hausordnung. Also wurde die Kopie wieder abgenommen. Monika Pieper hat als parlamentarische Geschäftsführerin viel gelernt über Usancen im Parlament, auch dass es Beschwerden gibt, wenn man einen kleinen rosa Tannenbaum ins Fenster stellt. „Ich glaube, dass kaum einer von uns eine realistische Vorstellung davon hatte, was uns hier erwartet“, sagt Pieper und fügt hinzu: „Ich finde es schwierig, etwas zu verändern. Das System ist extrem starr.“

Man kann überhaupt darüber staunen, dass die 50-Jährige als Abgeordnete der PIRATEN-Partei im Landtag sitzt. Eine solche politische Karriere wäre in den meisten Parteien kaum denkbar. Die Studien- und Berufskoordinatorin an einer Förderschule in Bochum interessiert sich seit jeher für Politik; in der Studienzzeit tendierte sie als Gegnerin des Nato-Doppelbeschlusses zu den GRÜNEN. Doch die etablierten Parteien wirkten auf sie befremdlich, weil sie keine Möglichkeit sah, mitzugestalten und nicht zu den „Abnickern“ gehören wollte.

Dann schrieb ihr jüngerer Sohn in der Schule eine Facharbeit über die PIRATEN-Partei. Sie wurde neugierig und besuchte den ersten Landesparteitag in Gelsenkirchen im Januar 2010. „Da war so eine Aufbruchstimmung. Da war so eine Kraft. Das hat mich fasziniert“, erinnert sich Pieper. Sie fühlte sich wohl, obwohl sie nicht den Klischees entspricht: „Ich bin weder Computer-Nerd noch jung und männlich.“ Sie schwärmt vom intensiven Austausch, vom basisdemokratischen Prinzip. „Ich sehe wieder einen Hoffnungsschimmer am politischen Himmel in Deutschland“, steht in ihrem Online-Lebenslauf.

Sie trat bei den PIRATEN ein, gründete den Bochumer Kreisverband, organisierte Infoveranstaltungen. 2010 misslang den Neulingen das Debüt im Landesparlament. Die nächste Chance bot sich unverhofft zwei Jahre später. Pieper unterrichtete an jenem 14. März 2012, als der Schulleiter mittags erzählte, dass sich der Landtag aufgelöst hatte. „Das ist jetzt Deine Chance“, sagte er. Sie überlegte eine Woche, vieles sprach für eine Kandidatur. Günstiger konnte die Zeit nicht sein; ihre beiden Söhne waren erwachsen geworden; sie wollte etwas Neues ausprobieren. Etwas wagen. Pieper wurde auf Platz 8 der Landesliste aufgestellt und machte Wahlkampf. Die PIRATEN bekamen 7,8 Prozent und Pieper zog mit 19 Mitstreitern in den Landtag ein.

Nun wollten sie alles anders machen, so, wie sie es auf den Plakaten versprochen hatten: „Klarmachen zum Ändern.“ Doch erst einmal hatten sie genug damit zu tun, die Abläufe zu verstehen. Pieper wurde schulpolitische Sprecherin und übernahm als parlamentarische Geschäftsführerin die wohl anstrengendste Aufgabe einer Fraktion. „Das ist manchmal schon ein Hamsterrad und man hat wenig Zeit innezuhalten. Man muss auf sich achten, sonst verbrennt man“, sagt Pieper. Es bleibt nur noch wenig Zeit für ihre private Krimi-Bibliothek. Bis zu 80 Stunden arbeitet sie in der Woche, aber ihr gefällt es, dass sie einen Einblick in alle politischen Bereiche bekommt. Sie hat ja auch einen größeren Aufwand als Amtskollegen, weil die PIRATEN Fraktionssitzungen im Internet übertragen. Außenstehende dürfen mitreden, und so kann es fünf bis sieben Stunden dauern. Der Anspruch der totalen Transparenz lässt sich im Alltag nur mit größter Mühe durchhalten. „Man kann auch über einen Informations-Overflow eine Desinformation herbeiführen“, sagt Pieper selbstkritisch.

Sie beklagt zudem Defizite im parlamentarischen Alltag. „Im Moment gibt es eine große Enttäuschung bei uns darüber, dass es bei den anderen Fraktionen häufig nicht um die Sache geht. Es steht Parteipolitik im Vordergrund.“ Sie erzählt von Abgeordneten anderer Fraktionen, die bestimmte Dinge genauso sähen wie die PIRATEN, aber aus Fraktionsdisziplin anders abstimmten. Bei ihr hat sich eine wichtige Erkenntnis durchgesetzt: „Erst einmal muss man das Spiel kennen, um die Regeln brechen zu können.“ Deshalb ließ sie doch noch einen Tannenbaum aufstellen. Kein kleines rosa Exemplar auf dem Fenstersims; im Fraktionsfoyer steht jetzt ein großer Tannenbaum in Pink. Für Monika Pieper ist es wie ein kleiner Sieg über das Establishment. Im nächsten Jahr soll es auch eine Ausstellung über Edward Snowden geben. „Wir holen Snowden zurück in den Landtag“, sagt Monika Pieper und lächelt zufrieden.

*Kristian Frigelj*

## FCL will wieder nach oben

Eine insgesamt positive Bilanz konnten die nun seit einem Jahr amtierenden Vorsitzenden Volker Jung und Markus Weske auf der gut besuchten Jahreshauptversammlung des FC Landtag NRW ziehen. Sie lobten das gute Klima innerhalb des Clubs, das sich auch durch die nicht zufriedenstellenden sportlichen Ergebnisse nicht trüben ließ. Bei nur sechs Begegnungen im Jahr 2013 könnte die sportliche Bilanz auf den ersten Blick als niederschmetternd charakterisiert werden: Einem Sieg und einem Unentschieden stehen vier Niederlagen und ein Torverhältnis von 12 zu 28 entgegen. Wer jedoch ein Spiel zu lesen versteht, sieht hinter den nackten, irreführenden Ergebnissen das wahre Leistungsvermögen des FCL, das sich durch Leidenschaft und Leidenschaftigkeit auszeichnet.

Höhepunkte des Jahres 2013 waren zweifellos die „Länderspiele“ gegen die Parliaments-teams von Rheinland-Pfalz und Sachsen. Mit Wohlwollen hörten Präsident Günter Langen und die Vorsitzenden Volker Jung und Markus Weske auch die Berichte von Schatzmeister Bernhard Tenhumberg und Kassenprüfer Dr. Joachim Stamp: Der FCL NRW ist finanziell gesund. Der Spielermangel ist das eigentliche Problem des FCL NRW. Mit einer Werbeaktion bei den Abgeordneten, den Beschäftigten in den Fraktionen und der Landtagsverwaltung sowie den Mitarbeitern der Abgeordneten sollen neue aktive Mitglieder gewonnen werden. Aber bereits hier und heute soll es heißen: Kommt zum FCL NRW, streift das grün-weiß-rote Dress über!

*Hans Zinnkann*



**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**  
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

www.landtagintern.de



## Geburtstage

18. Dezember 2013 bis 28. Januar 2014

18.12. Brockes, Dietmar (FDP)	43
20.12. Grunendahl, Wilfried (CDU)	61
20.12. Nüchel, Thomas (FDP)	51
21.12. Vogt, Alexander (SPD)	35
29.12. Velte, Jutta (GRÜNE)	56
29.12. Rahe, Ernst-Wilhelm (SPD)	55
30.12. Müller, Hans-Peter (SPD)	58
30.12. Keymis, Oliver (GRÜNE)	53
30.12. Schatz, Dirk (PIRATEN)	35
1.1. Töns, Markus (SPD)	50
5.1. Hammelrath, Helene (SPD)	64
5.1. Engstfeld, Stefan (GRÜNE)	44
6.1. Garbrecht, Günter (SPD)	64
7.1. Schmelzter, Rainer (SPD)	53
7.1. Lindner, Christian (FDP)	35
8.1. Bayer, Oliver (PIRATEN)	37
9.1. Benninghaus, Walburga (SPD)	59
10.1. Hovenjürgen, Josef (CDU)	51
13.1. Ganzke, Hartmut (SPD)	48
16.1. Rydlewski, Birgit (PIRATEN)	44
23.1. Hendricks, Renate Maria (SPD)	62
23.1. Börner, Frank (SPD)	48
24.1. Grochowiak-Schmieding, Manuela (GRÜNE)	55
24.1. Steffens, Barbara (GRÜNE)**	52
24.1. Jörg, Wolfgang (SPD)	51
26.1. Dudas, Gordan (SPD)	43
28.1. Schultheis, Karl (SPD)	61

\*\* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

20.12. Hellwig, Helmut (SPD)	80
22.12. Wilp, Josef (CDU)	75
25.12. Wirtz, Heinz (SPD)	70
17.1. Dr. Bergmann, Fritz (SPD)	85
27.1. Meinecke, Hans-Peter (SPD)	70
28.1. Skorzak, Franz (CDU)	85

## Treffen & Termine

19.12.2013 Empfang Pfadfinder NRW – Übergabe Friedenslicht

6.1.2014 Sternsingeraktion

24.1.2014 Jugendkongress/jungdenken jetzt

29.1.-6.3.2014 Ausstellung der Europäischen Stiftung Aachener Dom

30.1.-14.2.2014 Ausstellung zum Thema Integration: „ExpertInnen in eigener Sache“

Beim Besuch einer Ausstellung wird um vorherige Anmeldung gebeten (Tel. 0211 884-2129, veranstaltungen@landtag.nrw.de).

## Weihnachtsandacht

Zum Fest der Geburt Jesu lud der Landtag gemeinsam mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Thomas Weckelmann, und dem kommissarischen Leiter des Katholischen Büros, Dr. Burkhard Kämper, am letzten Plenartag des Jahres zu einer musikalisch untermalten Weihnachtsandacht in der Bürgerhalle des Landtags ein.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

## Blickweitend

In Weihnachtskugeln spiegelt sich in diesen Tagen auf zauberhafte Weise unsere Welt, so auch hier, in der weihnachtlichen Dekoration im Landtag Nordrhein-Westfalen. Im Glanz der Kugeln, im Lichterglanz der Adventszeit blicken viele Menschen mit großer Vorfreude dem nahenden Weihnachtsfest entgegen. Diese sehr kostbare Zeit des Zusammenseins im Familienkreis und unter Freunden ist zugleich die beste Gelegenheit, um innezuhalten und in Ruhe auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Persönlich, im Namen aller Abgeordneten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags Nordrhein-Westfalen wünsche ich Ihnen frohe und gesegnete Weihnachten und ein gutes Jahr 2014.

Ihre

*Carina Gödecke*

Carina Gödecke  
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen



Foto: Schälte